

vida

Zeitschrift für
Mitglieder der
Gewerkschaft vida

Mehr Infos, Tipps und Service finden Sie auf www.vida.at

Verkehr



Unsere Bahn muss rot-weiß-rot bleiben. vida startet dafür eine Kampagne.



Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe



Mehr Geld. In einem oberösterreichischen Krankenhaus hat der Arbeitgeber Teilzeitbeschäftigte diskriminiert. Der Betriebsrat klagte – mit Erfolg.

Private Dienstleistungen



Traumjob? Weil die Löhne niedrig sind und die arbeitsrechtlichen Vorschriften oft verletzt werden, kämpft das Hotel- und Gastgewerbe mit einem schlechten Ruf.

Thema

Es ist genug für alle da!

Wir befassen uns in dieser Ausgabe der vida-Zeitschrift mit Armut und Reichtum in Österreich. Dabei widmen wir der Frage nach den Reichen besondere Aufmerksamkeit. Denn während Daten zur Armut in Österreich breit diskutiert werden, ist die Faktenlage über Reichtum eher dürr gesät. (K)Ein Schelm, wer dahinter Absicht vermutet. Denn je weniger über die Vermögenden bekannt ist, desto leichter können ihre Lobbys die Frage nach Vermögenssteuern abwehren.

Wissen Sie das? Wieviel Milliarden Franken Schwarzgeld haben reiche ÖsterreicherInnen in der Schweiz geparkt? Die Antwort auf diese Frage finden Sie auf Seite 2. Dort verraten

wir Ihnen auch mehr über die neue Vereinigung zur Rettung des Mittelstandes, die kürzlich von Bankern und Millionären gegründet wurde.

Lohn und Leistung. Wie geht es Teilzeitbeschäftigten in Österreich? Was verdienen Vollzeitbeschäftigte in ausgewählten vida-Branchen und wie hoch muss ein fairer Mindestlohn sein? Diesen Fragen gehen wir auf den Seiten 3 und 5 nach.

Fair teilen. Reichtum hat nicht zwangsläufig etwas mit erbrachter Leistung zu tun. Vermögensforscher Martin Schürz erklärt im Interview auf Seite 4, wie die Reichen ganz ohne Arbeit reicher werden und welche Maßnahmen sinnvoll sind, um

Fair teilen heißt, dass die Reichen einen gerechten Anteil an den Steuern übernehmen müssen.



Armut und Reichtum werden oft von Generation zu Generation weitervererbt. Aufgabe des Staates ist es, für faire Chancen für alle zu sorgen.

mehr Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen.

Unsere Bahn. Seit Jahren werden die EisenbahnerInnen

diffamiert. Auch Managementfehler der vergangenen Jahre haben die Beschäftigten auszubaden. Erst schlechtreden, dann ausverkaufen, dürf-

te der Plan der ÖBB-GegnerInnen sein. vida startet eine Kampagne für unsere Bahn. Mehr darüber verraten wir auf Seite 7.

Hedgefonds außer Kontrolle...

Die Hedgefonds feiern Rekordlöse, ihre Manager kassieren die höchsten Boni aller Zeiten. Die 25 bestbezahlten haben 2009 an die 25 Milliarden Euro kassiert. Als Spitzenreiter gilt David Tepper. Sein großer „Coup“: Er setzte am Höhepunkt der Krise mit seinem Fonds darauf, dass die US-Regierung nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers nicht noch weitere Großbanken Pleite gehen lassen würde. Der Staat rettete die „systemrelevanten“ Institute, der Hedgefonds profitierte...

Intransparent. Hedgefonds sind Investmentfonds, die mit mas-

sivem Einsatz von Fremdkapital und risikoreichen Strategien wie Aktienleerkäufen agieren. Rund die Hälfte der Hedgefonds hat ihren Sitz in Steueroasen. Im Zuge der Finanzkrise bekannte sich die EU zu einer Regulierung der Hedgefonds.

Verschoben. Vor einem Jahr hat die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag vorgelegt. Demnach sollen die Fondsmanager nicht die Fonds - künftig für ihre Tätigkeit in Europa eine Genehmigung vorlegen und ihre Geschäfte transparenter gestalten. Doch selbst diese wenig weitreichenden Regulierungsbestim-

mungen halten die USA und Großbritannien für zu streng. Die EU-Finanzminister reagierten prompt: Sie verschoben die Befassung mit dem Thema im März um weitere zwei Monate.

Rasch regulieren. „Hedgefonds verbieten statt Glühbirnen verbieten!“ Mit diesem Motto machte ein Leserbriefschreiber seinem Ärger über das Fehlen jeglicher Kontrolle für die Hedgefonds Luft. Der Sager mag übertrieben sein, klar ist aber: Wir brauchen eine strenge Regulierung der Hedgefonds. Nicht am St. Nimmerleinstag, sondern jetzt. (mf)





Foto: Paul Sturm

Armutsbekämpfung in Krisenzeiten

An die 500.000 Menschen sind in Österreich von Armut betroffen. Ihr niedriges Einkommen hat zur Folge, dass sie mit dem Begleichen der Miete in Verzug geraten, sich keine neue Bekleidung leisten können und die Reparatur der kaputten Waschmaschine zum Problem wird. Weitere 500.000 Menschen sind gefährdet, in Armut abzugleiten.

Armut ist nicht cool. Viele genieren sich, dass sie nicht mit den anderen mithalten können. Die eigene Armut wird versteckt. Studien belegen, dass viele der Betroffenen sogar auf die Inanspruchnahme der Sozialhilfe verzichten, aus Angst als VersagerIn abgestempelt zu werden.

Netz für den Notfall. Ein Ziel unseres Sozialstaates ist es, Armut zu bekämpfen. Ohne Sozialleistungen wäre die Zahl der von Armut gefährdeten Menschen doppelt so hoch. Dennoch stimmen gerade jetzt, in Zeiten der Krise mit mehr als 350.000 Arbeitslosen, einige PolitikerInnen eine Debatte über die nötige „Durchforstung unserer üppigen Sozialleistungen“ an.

Auf Geldsuche. Wer soll die Kosten für die Krise bezahlen? Arbeitslose, prekär Beschäftigte oder auch AlleinerzieherInnen und Mehrkindfamilien, die auf unseren Sozialstaat angewiesen sind? Jenen, die ohnedies zu wenig zum Leben haben, etwas wegzunehmen statt bei den Reichen und den Krisenverursachern anzusetzen, ist der falsche Weg.

Rudolf Kaske
vida-Vorsitzender
rudolf.kaske@vida.at

Neue Mittelstands-Lobby

Neidisch auf die weiter unten

Banker und Millionäre gründeten kürzlich einen Verein, um den Mittelstand zu retten. Wer steckt hinter der neuen Mittelstandsvereinigung und was will sie?

Im April wurde in Wien die „Mittelstandsvereinigung“ gegründet. Beim Festlegen, wer zum Mittelstand zählt, tut sich der Verein allerdings etwas schwer. Neben Vereinspräsident Walter Sonnleitner, einem pensionierten ORF-Journalisten, sitzen im Vorstand unter anderem Ex-Billa-Chef Veit Schalle und der Banker Matthäus Thun-Hohenstein. Auch die Ziele, die sich der Verein gesteckt hat, sollten kluge Köpfe misstrauisch machen: „Ein schlanker Staat und niedrige, sozial stimmige Steuern“, denn das Schröpfen des Mittelstandes müsse ein Ende haben.

Frivol. So nennt der Autor Robert Misik in einem Video die Gründer der Vereinigung. Denn es stimmt zwar, dass die Steuern auf Lohn Einkommen relativ hoch sind. Aber nicht die „weiter unten“ sind daran schuld, sondern die Tatsache, dass die Reichen dieses Landes fast nichts in unser Steuersystem zahlen. Zählt man alles zusammen, rechnet also auch Mehrwertsteuern und Sozialversicherungsbeiträge dazu, ist die Abgabenbelastung für Menschen mit niedrigem Einkommen gleich hoch wie für die Besserverdienenden. Nur die Selbstständigen und die Vermögenden zahlen weniger.

Durchschaubar.

Seriöserweise müsste sich die neue Mittelstandsvereinigung deshalb für höhere Steuern auf Vermögenszuwächse und Vermögen einsetzen und für die Abschaffung der Steuerprivilegien für Privatstiftungen. Tut sie aber nicht. Stattdessen wird versucht, die ArbeitnehmerInnen gegeneinander auszuspielen: Jene, die ein bisschen Geld haben gegen jene, die fast gar nichts haben.

Für alle da. Die Armen bekommen so viel vom Sozialstaat, der Mittelstand bekommt nichts. Auch diese weit verbreitete Behauptung stimmt nicht. Im Laufe ihres Lebens zählen die Menschen abwechselnd zur Gruppe der Gebenden und Nehmenden: Als Kind, in der Ausbildung oder bei Arbeitslosigkeit empfängt man Sozialleistungen, im Haupterwerbsalter zahlen die meisten mehr ein, um im Alter wieder mehr Sozialleistungen zu beziehen.



Foto: Fotolia/Anne Katrin Figge

Auch die Reichen profitieren vom Staat: Vom Straßen- und Schienennetz, dem Gesundheitssystem und der Sicherheit im Land. Selbst als vor wenigen Monaten die Bankerkollegen von Herrn Thun-Hohenstein und die Unternehmerfreunde von Herrn Schalle um Hilfe riefen, war der Staat mit einem milliarden schweren Rettungspaket für sie da.

martina.fassler@vida.at

WEBTIPP

„Wer Mittelstand sagt, der will betrügen“ – den Videobeitrag von Robert Misik gibt es zum Nachhören auf www.misik.at

Wissenstest

Hätten Sie das gewusst?



Foto: Fotolia/Hemmerbuchholz

gen. Zum Beispiel durch nicht abgeführte Sozialversicherungsbeiträge oder in der Schweiz geparkte Schwarzgelder – um nur zwei konkrete „Betriebschmarotzertaten“ zu nennen. Im Gegensatz dazu sind die Sozialleistungen, die „Herr und Frau Österreicher“ beziehen, relativ bescheiden. Wissen Sie Bescheid? Testen Sie hier und jetzt mit vida Ihr Wissen!

1) Mit wie viel Euro im Rückstand waren Österreichs Unternehmen mit Sozialversicherungsbeiträgen bei den Gebietskrankenkassen Ende Dezember 2008?

- A) 9,549 Millionen Euro
- B) 95,49 Millionen Euro
- C) 954,9 Millionen Euro

2) Und wie viel schulden unsere Betriebe dem Finanzamt mit Stichtag 31. Dezember 2009? Also Rückstände aus Umsatz-, Einkommens-, Körperschafts- und Lohnsteuer!

- A) Über 2 Milliarden Euro
- B) Unter 2 Milliarden Euro
- C) Über 2 Millionen Euro

3) Wie viel Schwarzgeld aus Österreich wird in der Schweiz geparkt?

- A) 2,04 Milliarden Franken
- B) 20,4 Milliarden Franken
- C) 204 Milliarden Franken

4) 65 Prozent der gesamten Steuereinnahmen in unserem Land kommen aus Lohn- und Mehrwertsteuer. Wie viel Prozent der Einnahmen werden

über vermögensbezogene Abgaben eingehoben? Der EU-Schnitt liegt übrigens bei 5,4 Prozent.

- A) 1,4 Prozent
- B) 12,4 Prozent
- C) 21,4 Prozent

5) Wie hoch war das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld sowie die monatliche Notstandshilfe im Jahr 2008?

- A) 972 und 798 Euro
- B) 762 und 588 Euro
- C) 826 und 658 Euro

6) Wie viele der rund 8,3 Millionen Menschen in Österreich sind armutsgefährdet und müssen somit mit weniger als 951 Euro monatlich auskommen.

- A) Ca. 10.000 Menschen
- B) Ca. 100.000 Menschen
- C) Ca. 1.000.000 Menschen

7) Sozialleistungen und Pensionen verringern die Armutsgefährdung in unserem Land von 43 Prozent auf wie viel? Schätzen Sie!

- A) Auf 12 Prozent
- B) Auf 21 Prozent
- C) Auf 34 Prozent

Richtige Antwort: 1C) 954,9 Mio. Euro lt. einer parlamentarischen Anfragebeantwortung durch Sozialminister Rudolf Hundstorfer 2A) Über 2 Mrd. Euro lt. einer parlamentarischen Anfragebeantwortung durch Finanzminister Josef Pröll 3B) 20,4 Mrd. Franken lt. einer Untersuchung des Genfer Unternehmens Helvea 4A) 1,4 Prozent lt. OECD 5B) 762 und 588 Euro lt. AMS 6C) Rund 1.000.000 Menschen lt. Statistik Austria, EU-SILC 2008 7A) Auf 12 Prozent lt. Statistik Austria, EU-SILC 2008

Teilzeitjobs auf dem Prüfstand

Weg in die Sackgasse?

Die Gründe, einen Teilzeitjob anzunehmen, sind bei Frauen und Männern höchst unterschiedlich – ebenso die Chancen, auf einen Vollzeitjob zu wechseln.

Immer mehr Teilzeitjobs – immer weniger Vollzeit-arbeitsplätze: so lässt sich die Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre zusammenfassen. Im Krisenjahr 2009 gingen 60.400 Vollzeitstellen verloren, bei der Teilzeit gab es dagegen eine Zunahme von 48.100 Jobs. Bei der Verteilung von Teilzeit und Vollzeitstellen nach Geschlecht gibt es große Unterschiede. „Teilzeit ist bei uns großteils Frauensache. Bereits jede vierte berufstätige Frau arbeitet Teilzeit, bei den Männern sind es dagegen nur 8,7 Prozent“, sagt vida-Frauen-sekretärin Ulrike Legner.

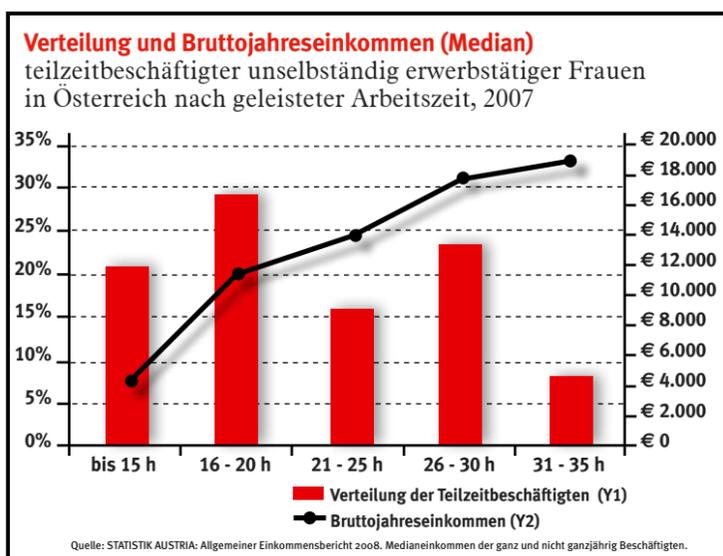
Weder gut noch böse. „Es bringt wenig, die Teilzeit zu verdammern, noch sie hochzujubeln, wie das konservative Kreise gerne machen“, gibt sich vida-Frauenvorsitzende Elisabeth Vondrasek pragmatisch. Wichtig sei, die Risiken von Teil-

zeit zu kennen und die Betriebe dazu zu verpflichten, den Wechsel von Teilzeit zu Vollzeit zu erleichtern. „Sonst kann Teilzeit vor allem für Frauen zur beruflichen Sackgasse und Armuts-falle werden“, sagt Vondrasek.

Studenten und Mütter. Das Forschungsinstitut FORBA hat im Auftrag der Frauenministerin untersucht, aus welchen Gründen Teilzeit gearbeitet wird. Das Ergebnis: Für Männer ist die Aus- und Weiterbildung der häufigste Grund für Teilzeitarbeit, nur drei Prozent der männlichen Teilzeitbeschäftigten hat die Arbeitszeit wegen der Kinderbetreuung reduziert. Bei den Frauen hat sich dagegen rund die Hälfte wegen „Betreuungspflichten“ für Teilzeitarbeit entschieden. Die Studie belegt zudem, dass Frauen wesentlich länger in den Teilzeitjobs verweilen als Männer. „Dann aus der Teilzeit wieder rauszukommen, wird für die Frauen oft zum Problem“, resümiert Vondrasek.

Jede Vierte ist unzufrieden. Mehr als die Hälfte der Frauen arbeitet weniger als 24 Wo-

Mehr als 700.000 Frauen arbeiten Teilzeit – viele wegen der Kinder.



chenstunden. Jede vierte Frau würde gern ihre Arbeitszeit erhöhen, doch die Betriebe kommen diesem Wunsch großteils nicht nach. Problematisch ist auch, dass Teilzeitbeschäftigte im Durchschnitt einen geringeren Brutto-Stundenlohn erhalten als Vollzeitbeschäftigte. „Ein Teil ist damit erklärbar, dass Teilzeit häufiger für gering qualifizierte Tätigkeiten angeboten wird. Viele Teilzeitbeschäftigte werden bei der Entlohnung aber ein-

deutig diskriminiert. Um das zu stoppen, fordern wir mehr Einkommenstransparenz. Die Betriebe sollen die Löhne in anonymisierter Form offenlegen“, verlangt Vondrasek. Zusätzlich sollen Vollzeitjobs intern ausgeschrieben werden müssen, bevor sie extern vergeben werden. „Damit einmal Teilzeit nicht für immer Teilzeitarbeit heißt“, sagt die Gewerkschafterin.

martina.fassler@vida.at

WEBTIPP

Die Studie „Qualität von Teilzeitbeschäftigung und die Verbesserung der Position der Frauen am Arbeitsmarkt“ ist im Internet unter www.frauen.bka.gv.at abrufbar.

Schuldenmanagement

Zurück zu einem schuldenfreien Leben

Durch die Wirtschaftskrise ist die Zahl der Menschen, die ihre Schulden nicht bezahlen können, angestiegen. Wie kommt man raus aus der Schuldenfalle?

Anna M. bürgte für ihren damaligen Mann, als dieser einen Kredit aufnahm. Nun ist ihr Ex-Mann arbeitslos, und da er die Kreditraten nicht mehr bezahlen kann, nimmt die Bank die Frau in die Pflicht. Mit einem Einkommen von gerade 1.100 Euro soll sie die gesamte Schuld von 153.000 Euro abzahlen.

Ausgleich. Eine Möglichkeit für Anna M. nicht lebenslang die Schulden ihres Ex-Mannes abbezahlen zu müssen, ist der außergerichtliche Ausgleich. Frau M. muss den Gläubigern, in ihrem Fall also der Bank, anbieten, einen Teil der Schulden entweder sofort oder in Raten zu bezahlen. Im Gegenzug ver-

zichtet die Bank freiwillig auf einen Teil ihrer Forderungen, Frau M. wird von den restlichen Schulden befreit.

Privatkonkurs. Akzeptiert die Bank den außergerichtlichen Ausgleich nicht, kann Frau M. bei Gericht einen Privatkonkurs beantragen. Neben dem erfolglosen Ausgleichsversuch müssen dafür folgende Voraussetzungen vorliegen:

- Frau M. muss zahlungsunfähig sein. Das ist gegeben, wenn sie die Schulden voraussichtlich innerhalb von sieben Jahren nicht bezahlen kann.
- Frau M. muss bescheinigen, dass sie die Kosten des Kon-

kursverfahrens innerhalb der nächsten drei Jahre decken kann.

- Frau M. muss vor Gericht nochmals ein Zahlungsangebot machen, das mindestens 20 Prozent der Gesamtschulden in zwei Jahren oder mindestens 30 Prozent der Schulden in zwei bis fünf Jahren abdeckt.
- Die Mehrheit der Gläubiger (in ihrem Fall die Bank) muss zustimmen. Es kommt in diesem Verfahren zu keiner Vermögensverwertung.
- Kann Frau M. die geforderte Quote nicht erfüllen, kann ein Zahlungsplan vereinbart werden. Dieser Plan sieht keine Mindestquote vor, dafür aber die Verwertung sämtlichen Vermögens, also einen Zwangsausgleich.

Treuhänder. Stimmt die Bank weder einem Zwangsausgleich noch einem Zahlungsplan zu,

kommt es zum Abschöpfungsverfahren. Frau M. tritt für sieben Jahre ihr gesamtes, über das Existenzminimum reichende, Einkommen an einen Treuhänder ab. Werden mit diesem Betrag zumindest zehn Prozent der Schulden abgedeckt, wird das Gericht Frau M. auch gegen den Willen des Gläubigers von der Restschuld befreien.

Letzter Ausweg. Konnte die Mindestquote nicht erreicht werden, kann das Gericht trotzdem nach sieben Jahren die Restschuldbefreiung ertei-

len. Und zwar dann, wenn die Abzahlung von zumindest zehn Prozent der Schulden nur geringfügig bzw. wegen der Verfahrenskosten unterschritten wird. In rund 13 Prozent der Fälle wird vom Gericht die Entschuldung derzeit abgelehnt. Die Regierung plant nun eine Privatkonkursreform, die im Falle von Schicksalsschlägen wie Jobverlust, Unfall oder Todesfall ein rascheres Entkommen aus der Schuldenfalle bewirkt.

gertrude.oelmack@vida.at

Wegen der Arbeitslosigkeit steigt auch die Zahl der überschuldeten Personen. Hilfe bietet die Schuldnerberatung, www.asb-gmbh.at



„Wer hat, dem wird gegeben“

Im vida-Interview erklärt der Ökonom und Vermögensforscher Martin Schürz, warum wir so wenig über Reichtum wissen und wie die Schieflage bei der Besteuerung von Arbeit und Vermögen beseitigt werden kann.



Foto: Fotolia/Anh Nguyen

vida: Über Armut gibt es viele Zahlen und Daten sowie jährliche Erhebungen. Über Reichtum wissen wir im Gegensatz relativ wenig. Wie würden Sie Reichtum definieren?

M. Schürz: Ich würde Reichtum über Vermögensbesitz definieren – über den Besitz von Aktien, Anleihen, Investmentzertifikaten, Unternehmensbeteiligungen, Immobilien, Schmuck und Antiquitäten.

vida: Warum nicht über Einkommen?

M. Schürz: Weil sich die Einkommenssituation schnell ändern kann. Vermögen ist dauerhafter und beständiger. Im deutschen Armuts- und Reichtumsbericht spricht man bei einem Vermögen von 200

Prozent über dem durchschnittlichen Vermögen von Reichtum.

vida: Warum wissen wir so wenig über Reichtum? Ist das eine geschickte Strategie derer, die sich zu den „Vermögenden“ zählen?

M. Schürz: Dahinter lässt sich tatsächlich eine Absicht vermuten. Je weniger ich vorgebe zu wissen, umso leichter kann ich auch Forderungen nach Vermögenssteuern abwehren.

vida: Sie haben bereits sehr viel über Vermögensverteilung geforscht. Was sind die wichtigsten Erkenntnisse daraus – Stichwort Geldvermögen, Immobilienbesitz, Unternehmensbeteiligungen?



Foto: Privat

Für den Ökonomen Martin Schürz ist Vermögensbesitz ein stärkerer Indikator für Reichtum als das Einkommen.

M. Schürz: Es herrscht ein extremes Ungleichgewicht: Etwa zwei Drittel der Bevölkerung besitzen kein nennenswertes Geldvermögen. Die obersten 10 Prozent besitzen dagegen über die Hälfte des gesamten Vermögens. Beim Geldvermögen ist es aber noch so, dass es quer durch die Bevölkerung bei vielen zumindest einen Notgroschen gibt. Beim Immobilienvermögen hat man eine zweigeteilte Gesellschaft: Die eine Hälfte hat keinen Immobilienbesitz, die andere Hälfte schon. Daher ist beim Immobilienvermögen die Ungleichheit noch größer als beim Geldvermögen. Bei den Unternehmensbeteiligungen, die überhaupt nur 3 Prozent der Bevölkerung haben, hat man eine extreme Konzentration. Da kamen wir zum Ergebnis, dass nur 10 Personen annähernd 5 Milliarden besitzen.

vida: Zum Thema Privatstiftungen – die Verteidiger der Steuerprivilegien von Privatstiftungen bringen oft vor, dass die Stiftungen tausende Arbeitsplätze sichern. Ist das so? Und wie viel Geld ist überhaupt in den Privatstiftungen gebunkert?

M. Schürz: Der Zweck von Privatstiftungen ist nicht, Arbeitsplätze zu schaffen. Privatstiftungen werden aus ganz anderen Motiven gegründet. Außerdem steckt bei den Privatstiftungen sehr viel in Immobilienvermögen. Von Privatstiftungen weiß man leider extrem wenig, was sicherlich

kein Zufall ist. Privatstiftungen in Österreich dürften über rund 60 Milliarden Euro verfügen, hier wäre es ganz wesentlich Transparenz zu schaffen.

vida: Die Regierung hat die Erbschafts- und Schenkungssteuer auslaufen lassen. Aus Sicht der Gewerkschaften ein Fehler. Wie sehen Sie das? Und wer erbt überhaupt in Österreich?

M. Schürz: Dabei gilt das Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben. Wenige erben sehr viel, die meisten erben gar nichts, einige erben etwas. Das Interessante an dem Thema ist aber, dass die Erbschaftssteuer unbeliebt ist, obwohl die meisten Leute davon nicht betroffen wären. Das zeigt meines Erachtens die Macht der Vermögenden, Tatsachen zu verdrehen. Denn eine Erbschaftssteuer wäre eben keine Massensteuer. Der sogenannte „Gini-Koeffizient“ ist ein Ungleichheitsmaß und beträgt 0, wenn alle gleich viel haben, und 1, wenn einer alles hat. In Österreich beträgt der Wert bei den Immobilienvermögen 0,94 – das ist eine extreme Konzentration auf einige wenige, die viel erben. Diese Wenigen haben aber mehr Möglichkeiten, ihre Interessen effektiv zu vertreten, daher gibt es zur Erbschaftssteuer keine vernünftige Diskussion. In diesem Bereich blühen die Legenden, etwa dass Unternehmensweiterführung nicht klappen würde. Dabei gäbe es hohe Freibeträge oder Kreditstundungsmöglichkeiten.

vida: Bei der Besteuerung von Arbeit und Vermögen gibt es in Österreich eine Schieflage: Arbeit wird sehr hoch besteu-

ert, Vermögen sehr niedrig. Wo würden Sie ansetzen, um hier für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen?

M. Schürz: Wer Verteilungsgerechtigkeit will, aber auch wer nur von Leistungsgerechtigkeit spricht, wird an einer Vermögensbesteuerung und an der Wiedereinführung der Erbschaftssteuer nicht vorbeikommen. Aus Gerechtigkeitsgründen, aber auch angesichts der Konsolidierungsnotwendigkeit des Staates wären beide Steuern eine gerechtfertigte Einnahmenquelle. Auch aus ökonomischer Sicht sind Vermögenssteuern Besteuerungen auf Arbeit vorzuziehen, da sie im Vergleich zu Arbeitssteuern den Leistungsanreiz kaum schmälern sollten.

vida: Es scheint, dass die Reichen eine bessere Lobby haben.

M. Schürz: Caritas-Chef Küberl hat einmal gesagt: Die Politik fürchtet sich zu sehr vor den Reichen. Ich denke, das ist zutreffend. Es gibt auch schon Befunde, dass die Demokratie nicht mehr funktioniert, weil die Politik schon zu stark an den Interessen der Reichen orientiert ist. Wenn man dies wissenschaftlich untersuchen will, ist man in Österreich auf eine sehr schlechte Datenbasis angewiesen. In den USA gibt es mittlerweile recht viel an Eliten-Forschung, wo man versucht die Einflusskanäle der reichen Eliten auf die Politik zu erforschen. Die Gefahr ist ein neuer Feudalismus in der Gesellschaft.

ines.schmied@vida.at



TOP SECRET

Foto: Fotolia/unpict

„Wir brauchen höhere Mindestlöhne!“

Was ist ein fairer Lohn? Der ÖGB und die Gewerkschaften fordern einen Mindestlohn von 1.300 Euro brutto. Die Wirtschaft hält das für unbezahlbar.

Im Juni 2007 war es soweit. Auch die Arbeitgeberseite war überzeugt, dass ein Mindestlohn von 1.000 Euro brutto für Vollzeit das unterste Minimum sein sollte. Die Sozialpartner unterzeichneten ein Abkommen, in dem sie erklärten, 1.000 Euro Mindestlohn in Etappen bis Anfang 2009 in allen Kollektivverträgen umzusetzen.

Erster Schritt. „Für uns stellt dieses Abkommen einen ersten Schritt in Richtung fairer Löhne im Niedriglohnbereich dar. Es hat geholfen, in den schlechter organisierten Branchen die Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen. Denn diesen ist meist jede Lohnerhöhung zu hoch“, sagt vida-Vorsitzender Rudolf Kaske. Zu diesen Nachzülern gehören die Friseurbranche, aber auch das Taxi- und Mietwagengewerbe. Bei den FriseurInnen gilt nun seit Februar 2008 auch für Hilfskräfte bei Vollzeit ein Mindestlohn von 1.000 Euro, für die Taxi- und Mietwagenlenker seit Jänner 2009.

Blockadepolitik. „Die Arbeitgeber glauben, dieser Mindestlohn ist für die nächsten Jahre in Stein gemeißelt. Für 2010 gibt es bislang keine Lohnerhöhung für die Taxi- und Mietwagenlenker. Die ersten Gespräche, die wir für das Bundesland Wien geführt haben, sind ergebnislos geblieben“, berichtet die vida-Bundesfachgruppensekretärin für den Bereich Straße, Gudrun Thiemer. Auch im Friseurbereich ortet die zuständige vida-Bundesfachgruppensekretärin, Barbara Fahrner, bei den Arbeitgebern eine Blockadepolitik. „Seit der Anhebung des Mindestlohns für Hilfskräfte auf 1.000 Euro mit Anfang 2008 haben die Arbeitgeber jegliche Lohnerhöhung für diese Beschäftigtengruppe abgelehnt. Der Lohn für die Hilfskräfte steckt damit seit zwei Jahren bei 1.000 Euro fest“, erzählt die Gewerkschafterin.

Ganz ohne. Gänzlich ohne Kollektivvertrag sind die KosmetikerInnen, FußpflegerInnen und MasseurInnen. Was hier bezahlt wird, ist höchst unterschiedlich. Im Bereich Kosmetik und Fußpflege orientieren sich viele an den Löhnen der FriseurInnen. Andere nützen es kaltblütig aus, dass es für die Branche keine Mindestlohnregelung gibt. „Erst kürzlich kam eine Kosmetikerin zu mir in die Beratung, die für einen Vollzeitjob nur 680 Euro netto bezahlt bekommt, brutto also nicht mehr als 800 Euro“, erzählt Fahrner. Die Arbeitgeberseite ist zum Abschluss eines Kollektivvertrages nur bereit, wenn im Gegenzug die Dauer der Lehrzeit erhöht wird. vida lehnt die Kopplung einer fairen Entlohnung mit einer Verlängerung der Lehrzeit ab. „Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Die Arbeitgeberseite soll nicht ständig nach neuen Ausreden suchen, um den Abschluss eines Kollektivvertrages zu blockieren“, stellt der stellvertretende vida-Vorsitzende Wilibald Steinkellner fest. Auf die Problembranche aufmerksam machen die ÖGB-Frauen mit ihrer Kampagne „Ich will's fair“. Die Hauptperson der Kampagne, Marie Los, arbeitet als Kosmetikerin....

Scheinselbstständig. Ebenfalls ohne Mindestlohnregelung sind die freien DienstnehmerInnen und Neuen Selbstständigen. Denn für sie gilt das gesamte Arbeitsrecht – und damit auch die Kollektivverträge – nicht. „Viele Personen, die als freie DienstnehmerInnen oder Neue Selbstständige gelten, sind von einem einzigen Auftraggeber abhängig. Der Arbeitnehmerbegriff gehört so reformiert, dass diese Menschen in Hinkunft als unselbstständig beschäftigt gelten. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne müssen auch für sie zum Tragen kommen“, fordert vida-Vorsitzender Kaske.

Neuer Meilenstein. Klar ist für die Gewerkschaft, dass es auch



1.000 Euro Mindestlohn ist bei den FriseurInnen Realität. Für die KosmetikerInnen gibt es dagegen nach wie vor keinen Mindestlohn.

in den Branchen mit Kollektivvertrag weitere Fortschritte braucht. vida verlangt als nächstes Etappenziel einen Mindestlohn von 1.300 Euro brutto für Vollzeit. Die WKÖ und die Industriellenvereinigung lehnen dies als unbezahlbar und „Gefährdung von Arbeitsplätzen“ ab. Eine Einschätzung, die vida-Wirtschaftsexperte Philip Gastinger nicht teilen kann. „Die Lohnentwicklung ist in den vergangenen Jahrzehnten massiv hinter der Entwicklung der Gewinne zurückgeblieben. Wir brauchen höhere Mindestlöhne“, sagt Gastinger. Rechnet man die Forderung nach 1.300 Euro Mindestlohn auf einen Stundenlohn um, ergibt das eine Bezahlung von 7,74 Euro brutto pro Stunde. „Wirtschaft und Politik betonen immer wieder, dass sich Leistung lohnen soll. Der Meinung sind wir auch. Ein Mindestlohn von 1.300 Euro muss möglich sein“, stellt vida-Vorsitzender Kaske fest.

martina.fassler@vida.at



„Seit 25 Jahren ist es mein Job, dass die Züge fahren können. Egal, bei welchem Wetter.“

Walter Gaugusch ist einer von 42.000 ÖBB-MitarbeiterInnen.

unserebahn@vida.at | www.unserebahn.at

INFO

Mindestlöhne in ausgewählten vida-Branchen

FriseurInnen:	1.000 Euro
Taxi- und Mietwagen:	1.000 Euro
Hotel- und Gastgewerbe:	1.161 Euro
Güterbeförderung:	1.250 Euro
Reinigung:	1.250 Euro
Privater Sozial- und Gesundheitsbereich (BAGS):	1.314 Euro

Bruttolöhne für Vollzeit ohne etwaige Zulagen

WIR ARBEITEN FÜR DIE ÖBB. vida

Wunderwaffe Wissen



Foto: Fotolia/contrastwerkstat

Armut wird oft mit mangelnder Bildung verbunden. Ist Bildung ein Ausweg aus Armut? vida im Gespräch mit AMS-Expertin Maria Hofstätter über die „Wunderwaffe Wissen“.

vida: Frau Hofstätter, ist Bildung ein Ausweg aus Armut und Arbeitslosigkeit? Bedeutet mehr Bildung mehr Chancen?

ger Einkommen und somit weniger Chancen. Es bedeutet ein gut fünffach größeres Risiko arbeitslos zu werden!

M. Hofstätter: Eindeutig Ja. Voraussetzung ist aber der Abschluss einer Lehre oder einer weiterführenden Schule. Keine über die Pflichtschule übersteigende Bildung bedeutet weni-

vida: Für den deutschen Armutsforscher Christoph Butterwege ist Bildung ein begrenztes Mittel gegen Armut. Bildung könne nicht verhindern, dass materielle Ungleichgewichte

auf die Lebensbedingungen junger Menschen durchschlagen. Stimmen Sie dem zu?

M. Hofstätter: Materielles Ungleichgewicht kann durch Bildung alleine nicht beseitigt werden. Aber je besser gebildet Arbeitskräfte sind, umso konkurrenzfähiger ist die Gesamtwirtschaft und das bringt Jobs.

Und je höher und besser ich gebildet bin, umso eher kann ich mir meinen Arbeitsplatz selbst erfinden, mich selbständig machen. Und in Folge entstehen Jobs für andere.

vida: Wie sieht „gute“ Bildung aus?

M. Hofstätter: Grundvoraussetzung ist der Erwerb von sprachlichen, technischen, sozialen, kulturellen und beruflichen Kompetenzen. Derzeit besonders gefragt sind technische Ausbildungswege. Im Zeitalter der Globalisierung sind Englischkenntnisse und interkulturelles Know-how wichtig. Und, 50 Prozent des erworbenen Wissens verfällt je nach Branche nach sechs Monaten bis vier Jahren. Lebenslanges Lernen muss also mehr als ein Schlagwort sein!

vida: Gutes Stichwort. Der österreichische Wirtschaftswissenschaftler Kurt Rothschild hält Lebenslanges Lernen in Zeiten weit verbreiteter Arbeitslosigkeit weit weniger effizient als aktive Beschäftigungspolitik. Was meinen Sie dazu?

M. Hofstätter: Betriebe kündigen meist jene Arbeitskräfte, die veraltetes berufliches Wissen haben und ersetzen diese durch jüngere, die neues mitbringen. Aktive Beschäftigungspolitik wirkt nur kurz-

fristig. Sie bringt im Gegensatz zur Weiterbildung keine innovativen Ideen, die es braucht, um auf Dauer konkurrenzfähig zu sein und Jobs zu schaffen. Die Betriebe beklagen den Fachkräftemangel zu Recht. Denn hört man genau hin, ist nicht ein Mangel an Personen gemeint, sondern an Qualifikationen, an Innovationswissen.

vida: Können Sie ein Beispiel nennen?

M. Hofstätter: Was kann eine Hotelkraft, die seit 20, 30 Jahren im Job ist, vielleicht nicht so gut wie jüngere ArbeitskollegInnen? Was hat sie damals nicht gelernt, was die jüngere Hotelkraft kann? Zum Beispiel den sicheren Umgang mit einer Hotelsoftware. Ich finde, Wirtschaftsforscher sollten einmal berechnen, wie viel es der Wirtschaft kostet, wenn Arbeitskräfte nicht über das nötige Innovationswissen verfügen. Bei Weiterbildung zu sparen, kostet sicher Unsummen.

marion.tobola@vida.at

INFO



Das AMS Wien hat ein Pilot-Projekt gestartet, das Innovationsschulungen für ArbeiterInnen und Fachangestellte mit veraltetem Wissen bietet. Dauer 3 Monate.

Erfolg für Pilotprojekt

VAEB

Pilotprojekt zur Einsparung bei den Medikamentenkosten wird nicht nur fortgesetzt, sondern sogar ausgeweitet.

Ersparnis durch Generika. Wird statt eines Originalpräparates ein kostengünstigeres Generikum verwendet, erhält der Versicherte je Medikamentenpackung einen Bonus von 1 Euro im Rahmen der Behandlungsbeiträge rückvergütet. Dadurch profitieren die Versicherten doppelt. Denn Geld, das nicht in Medikamente investiert werden muss, kann von der VAEB für weitere innovative Gesundheitsprogramme und Erweiterungen der Leistungen für die Versicherten eingesetzt werden. Mit diesem Pilotprojekt soll der Generikaanteil von 43 auf 50 bis 55 Prozent angehoben werden. Insgesamt wurden bei diesem Projekt fünf Arzneimittelgruppen mit einbezogen. Magensäureblocker und Magenschutzmedikamente, Bluthochdruckmittel bei Herzschwäche, Entwässerungs- und Blutdruckmittel, cholesterinsenkende Präparate und Antidepressiva.

Bereits seit Jahren kämpfen die Krankenversicherungsträger mit einem hohen Anstieg der Medikamentenkosten. Mit einem Anfang 2009 gestarteten Projekt hat die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB) einen Weg gefunden, den Anteil kostengünstiger Medikamente weiter zu heben. Das Projekt „Best Price Euro“ setzt sowohl auf die Mitwirkung der Versicherten als auch der niedergelassenen Ärzte.

Million erreicht. Nun liegen die Zahlen für das erste Projektjahr 2009 vor – und sie können sich sehen lassen. Im Jahr 2009 konnte in rund 45.000 Fällen tatsächlich eine Umstellung der Medikation beobachtet werden, wodurch eine Einsparung von etwa einer Million Euro erzielt werden konnte. VAEB-Obmann Gottfried Winkler: „Die Rückmeldungen der Versicherten und Vertragspartner waren durchwegs positiv.“

Zusammenarbeit klappt. Auch die Österreichische Ärztekammer hat in ihrer Zeitung über das Projekt berichtet und das Prinzip der Freiwilligkeit als Erfolgsrezept gewürdigt. „In diesem Zusammenhang möch-



Foto: Fotolia/by-studio, Fotolia/kk-artworks

te ich mich bei den niedergelassenen VertragsärztInnen für die gute Zusammenarbeit bedanken“, sagt Winkler. Und weiter: „Aufgrund des enormen Erfolges des Projekts werden wir es nicht nur fortsetzen, sondern auch auf weitere Medikamen-

tengruppen ausweiten. Denn jeder Cent, den wir bei den Medikamentenkosten einsparen können, steht den Versicherten in einem anderen Bereich wieder zur Verfügung.“

alice.wittig@vaeb.at

Unsere Bahn muss rot-weiß-rot bleiben!

vida und die Belegschaftsvertretung starten Mitte Mai gemeinsam mit den EisenbahnerInnen eine Kampagne für die Bahn.

Seit Jahren werden die Beschäftigten der ÖBB immer wieder in der Öffentlichkeit schikaniert und diffamiert. Behauptungen und Halbwahrheiten werden in den Raum gestellt und die EisenbahnerInnen auf diese Weise konsequent schlecht gemacht. Die Angriffe kommen immer wieder von ÖVP, FPÖ und BZÖ und auch aus der Regierung – konkret von Staatssekretär Reinhold Lopatka (ÖVP).

Chaosreform. Mehr Manager als je zuvor, Bonuszahlungen ohne Ende und Spekulationsverluste in Millionenhöhe – so liest sich die Schreckensbilanz der so genannten ÖBB-Strukturreform aus dem Jahr 2003. Diese trotz aller Warnungen seinerzeit von ÖVP, FPÖ und BZÖ durchgepeitschte Zerschlagung des Unternehmens



Die Kampagne „Unsere Bahn muss rot-weiß-rot bleiben“ verdeutlicht, dass die Bahn täglich für 1, 2 Mio. Menschen da ist.

in Einzelfirmen hat zu Chaos, Doppelgleisigkeit und einem riesigen Finanzloch bei den ÖBB geführt. Daran leidet die Bahn bis heute: In sechs Jahren von Schwarz-Blau-Orange wurde die Arbeit von Jahrzehnten ruiniert.

Bahnausverkauf. Geht es nach dem Willen der ÖVP, dann sollen wesentliche Teile der ÖBB – wie etwa der profitable Güterverkehr – privatisiert und ausverkauft werden. Das „Ö“ wird dann wohl aus dem Na-

men unserer Bahn verschwinden. Und genau aus diesem Grund werden auch die EisenbahnerInnen gezielt schlecht gemacht und genau deswegen wurde die Bahn ins Chaos getrieben, damit das Vertrauen in sie und in die EisenbahnerInnen untergraben wird.

Überlebensfrage. Auf der Strecke bleibt dann das, was die Menschen brauchen – der Personenverkehr und die Infrastruktur. Ohne gewinnbringende Unternehmensteile können die

wichtigen anderen Bereiche der ÖBB nicht überleben. Das wissen die BahngegnerInnen und das bezwecken sie.

Zeit, zu handeln. Deshalb ist es Zeit, zu handeln. Wir werden nicht zulassen, dass unsere Bahn so lange schlecht geredet wird, bis sie sturmreif ist – das werden wir verhindern. Und dafür brauchen wir eine breite Unterstützung. Mit unseren Aktionen unter dem Titel „Unsere Bahn muss rot-weiß-rot bleiben“ zeigen wir, dass die EisenbahnerInnen in der Republik eine verschwindende Minderheit sind.

Wir brauchen die Bahn. Wir machen deutlich, dass die Bahn für

1.200.000 Menschen jeden Tag da ist – ob sie nun in die Arbeit, zur Schule, zur Universität, in den Urlaub, zum Arzt oder einfach nur nach Hause fahren. Diese Menschen brauchen die Bahn. Genauso braucht die österreichische Wirtschaft die Bahn. Ohne Bahn läuft in Österreich gar nichts.

Kampagneninfos. Wir werden unsere Aktivitäten Schritt für Schritt ausbauen und Sie laufend über neue Aktionen auf unserer Website: www.unserebahn.at und auch in der vida-Zeitschrift informieren.

hansjoerg.miethling@vida.at



unserebahn@vida.at | www.unserebahn.at

WIR ARBEITEN FÜR DIE ÖBB. vida

FAKTEN ZUR KAMPAGNE

www.unserebahn.at

Als ersten Baustein unserer Kampagne haben wir eine Website unter www.unserebahn.at ins Netz gestellt, die ab Mitte Mai online ist. Die Website informiert über die wichtigsten Fakten zur ÖBB, stellt die kolportierten Unwahrheiten über die EisenbahnerInnen richtig und bietet auch Platz für eigenes Handeln.

Petition: Meine Bahn muss rot-weiß-rot bleiben

Auf der Website finden Sie auch eine Petitionsplattform, wo alle mit ihrem Eintrag gegen den Ausverkauf der ÖBB und gegen die ständige Diffamierung der EisenbahnerInnen protestieren können. Diese Petition geht an Bundeskanzler Faymann, Finanzminister Pröll, Verkehrsministerin Bures und an den derzeit profiliertesten Eisenbahngegner, den ÖVP-Staatssekretär Lopatka. Mit Ihrer tatkräftigen Unterstützung zeigen wir, was die Bahn und die ÖBB-Beschäftigten leisten.

Fotowettbewerb

Ein weiterer Teil der Kampagne ist ein Fotowettbewerb, zu dem alle EisenbahnerInnen in Österreich aufgerufen sind. Schicken Sie uns Ihre Fotos über Ihre Arbeit bei den ÖBB. Wir wollen das wahre Gesicht der ÖBB-MitarbeiterInnen zeigen, damit sich alle ein Bild darüber machen können, was 42.000 EisenbahnerInnen jeden Tag leisten. Laden Sie Ihre Fotos im Internet auf www.unserebahn.at hoch – die besten Fotos werden mit attraktiven Preisen prämiert.

Inserate

Wir werden in den kommenden Wochen auch gezielt Inserate schalten. In diesen Inseraten präsentieren wir EisenbahnerInnen und ihre Leistungen, die sie tagtäglich erbringen. Gleichzeitig zeigen wir aber auch auf, woran es mangelt, z.B. dass durch unverantwortliche Börsenspekulation hunderte Millionen Euro für die Bahn fehlen.

Folder

Aber auch außerhalb des Internets sind wir aktiv. Es werden Folder aufgelegt, die an die BahnkundInnen verteilt werden. Ziel dieser Aktivitäten ist eine breite Unterstützung für eine rot-weiß-rote Bahn und gegen die andauernde Schlechtmacherei durch die ÖVP und besonders durch den schwarzen Staatssekretär Reinhold Lopatka.

Informationen zur Kampagne unter www.unserebahn.at

Ein Ort für Körper und Geist

Sein Wissen erweitern, die Natur genießen und neue Energie tanken. Das bietet das Seminar-Park-Hotel Hirschwang am Fuße der Rax.

Das Seminar-Park-Hotel Hirschwang ist ein Ort, der erholungssuchenden Menschen und wissbegierigen Seminarbesuchern gleichermaßen perfekte Voraussetzungen bietet. Am Fuße der Rax kann man hier die Natur genießen, neue Energie tanken und den Geist schulen.

Das Seminar-Park-Hotel liegt in einem zauberhaften Park mit uralten Baumriesen. Jedes der 70 Zimmer des Hotels bietet einen traumhaften Blick auf die umliegenden Berge. Nicht zufällig gilt die Region um Reichenau an der Rax als Inbegriff der Sommerfrische.

Der Ort Hirschwang ist auch ein idealer Ausgangspunkt für wunderschöne Wanderungen

und Spaziergänge auf die Rax und den Schneeberg. Kulturbegeisterte besuchen die vielen historischen Ausflugsziele der Umgebung wie z.B. das Wasserleitungsmuseum Kaiserbrunn oder das Weltkulturerbe „Semmeringbahn“. Und nach einer Tagestour speisen Sie in einem der beiden hoteleigenen Restaurants „anatol“ oder „brasserie“. Oder Sie entspannen sich im hoteleigenen Wellnessbereich mit Hallenbad, Sauna, Dampfbad, Infrarotkabine und Fitnessraum.

Verwöhnwochenende. Sich verwöhnen lassen muss nicht teuer sein – das Preis-Leistungs-Verhältnis dieses Angebotes wird Sie überzeugen. Egal ob Sie zwei oder vier Nächte im 4-Sterne-Hotel verbringen, Sie

werden den Aufenthalt auf jeden Fall genießen.

vida-Mitglieder erhalten eine Ermäßigung um 10 Prozent auf Normalpreise (gültig bei Nächtigung/Frühstück, Halbpension, Vollpension, ausgenommen weitere Kosten während des Aufenthaltes und spezielle Angebote wie das Verwöhnwochenende).

INFO



Mehr Infos zum Angebot „Verwöhnwochenende“ und zum speziellen Angebot „Frühlingserwachen“ für die Feiertage im Mai finden Sie auf www.seminarparkhotel.at



PREISE



Verwöhnwochenende:

2 Nächte: Freitag Abendessen bis Sonntag Frühstück
Zwei Erwachsene im DZ, HP 254 EUR
Ein Erwachsener im EZ, HP 152 EUR

4 Nächte: Mittwoch Abendessen bis Sonntag Frühstück
Zwei Erwachsene im DZ, HP 484 EUR
Ein Erwachsener im EZ, HP 282 EUR

Alle Preise inkl. MwSt und Ortstaxe, Ermäßigung für Kinder.

GEWINNSPIEL



vida verlost 1 „Verwöhnwochenende“ für 2 Nächte für 2 Personen im Seminar-Park-Hotel Hirschwang.

Beantworten Sie folgende Gewinnfrage: Welches Weltkulturerbe gibt es in der Nähe des Seminar-Park-Hotels Hirschwang?

Antworten an:

vida/Pressereferat; Kennwort: Hirschwang, Johann-Böhm-Platz 1, A-1020 Wien oder per E-Mail: zeitschrift@vida.at, Einsendeschluss: 31. Mai 2010

Landeskongressen 2010

Wir sind füreinander da

...mehr als nur ein Motto

Was macht eine Gewerkschaft stark? Der Zusammenhalt der Mitglieder. Genau auf dieser Tatsache beruht das Motto für die Landeskongressen unserer Gewerkschaft. Wir stellen im Gegenteil zum „einsamen Ich“ ein starkes und unmissverständliches „Wir sind füreinander da“ in den Raum. Das heißt: Wir sind dort stark, wo wir füreinander da sind. In allen Feldern der Mitbestimmung in der Arbeitswelt. Aber ganz besonders dort, wo es um das Leben innerhalb und außerhalb der Arbeit geht.

Die Termine. Die vida-Landeskongressen finden in den Monaten April und Mai statt. Die

Bundeskongressen der Frauen, der Jugend und der PensionistInnen werden im Juni durchgeführt. Vom 9. bis 11. November 2010 treffen sich die Delegierten in Wien zum zweiten vida-Gewerkschaftstag auf Bundesebene.

Gemeinsam mitbestimmen. Die Entscheidungen für die Zukunft werden jetzt getroffen. Werden sich in den kommenden Jahren wieder jene durchsetzen, die uns die derzeitige Krise eingebracht haben oder können wir zu einem Umdenken beitragen? Besonders in dieser Phase kann der gewerkschaftliche Grundgedanke „Gemeinsam sind wir stark“ dazu beitragen, dass der Mensch wieder wichtiger ist als der Profit, dass Arbeitsplätze wieder wich-



Die erste Landeskongress fand im Burgenland statt. Im Bild die beiden Delegierten Brigitte Mulzheim und Josef Kurta beim Sichten der Unterlagen.

tiger sind als Bonuszahlungen und dass soziale Sicherheit für alle und damit Verteilungsgerechtigkeit wichtiger ist als der Reichtum von wenigen. Es geht um die wesentlichen Weichenstellungen für die Zukunft.

...einfach menschlich

NULL
Gebühren für Ihr
KONTO

www.sparda.at
SPARDAfon 0810/00 12 13

SPARDAbank
freundlich & fair

zeitschrift@vida.at

Schreiben Sie uns, wie Ihnen die vida-Zeitschrift gefällt.

- Wir freuen uns
- über Ihre Rückmeldungen,
 - über Tipps und
 - Anregungen.

Schreiben Sie ein E-Mail an:

zeitschrift@vida.at

Oder per Post an die:

Gewerkschaft vida
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Impressum

Herausgeber: ÖGB, Gewerkschaft vida, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96 - 39744, Fax 01/662 32 96 - 39793, E-Mail: renate.wimmer@oegbverlag.at, [www: http://www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

Hersteller: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21

Herstellungsort: Neudörfel

Redaktionsteam dieser Ausgabe: Martina Fassler (Chefredaktion, mf), Hansjörg Miethling, Patrick Nikitser, Gertrude Oelmack, Maria Ostermann, Bernhard Rupp, Ines Schmied, Rudolf Srba, Marion Tobola, Alice Wittig.

Grafik: Peter-Paul Waltenberger, ÖGB-Verlag.

Redaktionsadresse: Gewerkschaft vida, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien, zeitschrift@vida.at, Tel: 01/53444 79 265.

DVR-Nr.: 0046655. **ZVR:** 576 439 352

Die nächste vida-Zeitung finden Sie im Juni in Ihrer Post.

topinfo **vida**

www.vida.at

Verkehr

Seite 10-11

Soziale, Persönliche Dienste
und Gesundheitsberufe

Seite 12-13

Private
Dienstleistungen

Seite 14-15

Die fatale Allianz mit den Reichen

Reiche genießen eine Vielzahl an Steuerprivilegien. Deren Beseitigung ist schwer durchsetzbar – denn weil sie nicht fair teilen wollen, instrumentalisieren sie die Ängste der Mittelschicht für ihre Zwecke.

Die Lobbyisten der Reichen verteidigen die Privilegien der Privatstiftungen mit einer Reihe von Argumenten. Ein vielzitiertes: Wer die Stiftungsprivilegien abschafft, gefährdet Tausende Arbeitsplätze. Doch will man Fakten dazu, gibt es nichts Gesichertes. „Der Verband der Österreichischen Privatstiftungen hat eine Studie zu den Beschäftigungseffekten erstellt. Dabei wurde so getan, als wären alle Holdinggesellschaften und Unternehmensverwaltungen als Privatstiftungen organisiert – dabei ist das bei weitem nicht der Fall“, sagt vida-Wirtschaftsexperte Karl Goldberg. Auch andere Grundannahmen sind nicht nachvollziehbar, dennoch behaupten die Studienautoren, die Privatstiftungen würden 32.500 Arbeitsplätze sichern, davon 25.000 Vollzeitjobs. „Wissenschaftlich haltbar ist das nicht. Die einzigen Arbeitsplätze, die die Privatstiftungen in jedem Fall sichern, sind die einiger weniger hochbezahlter

Steuerberater und Rechtsanwälte“, sagt Goldberg.

Kapitalflucht als Argument? Kapital sei scheu wie ein Reh – bei Beseitigung der Steuerprivilegien würde es rasch ins Ausland abfließen, lautet ein weiteres Argument der Reichen. Werner Doralt, Vorstand des Instituts für Finanzen an der Uni Wien, relativierte diese Behauptung erst kürzlich in einem Interview mit der „Presse“. Meist ist in den Stiftungen nicht Realkapital, sondern zum Beispiel Immobilienbesitz geparkt. Grundstücke könnten aber nicht „wie ein Vogerl wegfliegen“, so Doralt. Insgesamt sind in den Privatstiftungen in Österreich Vermögen von mindestens 60 Milliarden Euro gebunkert. Auf der Liste der Privatstiftlinge finden sich die Namen vieler prominenter Österreicher und Österreicherinnen.

607 Millionen steuerfrei. Privatstiftungen müssen für Kapitalerträge nur einen Zwischen-

steuersatz von 12,5 Prozent zahlen. „Jeder Normalsterbliche zahlt für sein Sparbuch das Doppelte an Kapitalertragssteuer“, kritisiert vida-Vorsitzender Rudolf Kaske. Bevorzugt sind Stiftungen auch dadurch, dass Einkünfte aus der Veräußerung von Beteiligungen teils steuerfrei bleiben. Die Fries-Gruppe erhielt nach Medienberichten für den Verkauf ihrer Anteile an Böhler 607 Millionen Euro – ohne dass dafür nur ein Cent an Steuern gezahlt werden musste. „Die Steuerprivilegien der Privatstiftungen gehören schleunigst beseitigt. Aus Gründen der Fairness, aber auch, weil das Geld vom Staat dringend benötigt wird“, sagt Kaske.

Schrebergarten-Alarm. Österreich zählt beim Anteil an vermögensbezogenen Steuern zu den Schlusslichtern in der EU. Die Einnahmen aus Steuern auf Vermögen machen nur 1,4 Prozent aller Einnahmen aus, durch den Durchschnitt der EU-15-Länder sind es 5,4 Prozent. Konservative Politiker wollen von einer Veränderung dieser steuerpolitischen Schiefelage nichts wissen. „Mit der Behauptung, jeder Häuslbauer, ja sogar jede Schrebergarten-Besitzerin müsste dann Vermögensteuer zahlen, schüren sie Panik und verhindern so, dass die wirklich Reichen zur Kasse gebeten werden“, sagt Kaske. Dabei ist Vermögen in Österreich extrem ungleich verteilt. Die reichsten zehn Prozent besitzen mehr als zwei Drittel des Gesamtvermögens. vida tritt für die Einführung einer Vermögensteuer ein – mit entsprechenden Freibeträgen für die „Kleinen“ und derart ausgestaltet, dass die-

jenigen, die viel haben, auch entsprechend mehr zahlen.

Sozialstaat absichern. Nicht nur im Steuersystem, auch bei der Finanzierung der Sozialversicherung besteht Reformbedarf. Die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen hängt derzeit von der Höhe des Lohnes ab. Die Vermögenseinkommen der Unternehmern werden nicht in die Berechnung einbezogen. „Mit einer Umstellung von der derzeitigen, auf der Lohn-

schließlich dem Stopfen der Budgetlöcher dienen. vida-Vorsitzender Kaske über die Steuervorschläge der Gewerkschaft: „Wenn es uns gelingt, die vermögensbezogenen Steuern auf das Niveau Frankreichs anzuhoben, sind nicht nur die Kosten der Krise gedeckt. Es wäre auch genug Geld zum Ausbau der Zukunftsjobs in Pflege und Betreuung und zur Verbesserung unseres Öffi-Netzes da.“

martina.fassler@vida.at

summe basierenden Finanzierung auf die Wertschöpfung würde sich das ändern. Denn dann werden bei den Arbeitgeberbeiträgen auch die Gewinne und Einnahmen aus Mieten und Pachten berücksichtigt. Im Gegenzug könnten

personalintensive Betriebe, die viele Arbeitsplätze sichern, entlastet werden“, erklärt Goldberg. Durch die Umstellung soll unser Sozialstaat, allen voran das Gesundheitssystem abgesichert werden. Auch die Einnahmen aus den oben angeführten „Reichensteuern“ sollten nicht aus-

INFO 

Wer zahlt wieviel Abgaben?
Die Fries-Gruppe und die St. Pöltner ArbeitnehmerInnen im Steuervergleich

Fries-Gruppe	
Bruttoeinkommen aus dem Böhler Verkauf:	607 Mio Euro
Sozialversicherung:	0 Cent
Steuer:	0 Cent
Netto bleiben:	607 Mio Euro
St. Pöltner ArbeitnehmerInnen (23.001)	
Jahresbruttoeinkommen (2005):	597 Mio Euro
Sozialversicherung:	95 Mio Euro
Steuer:	85 Mio Euro
Netto bleiben:	417 Mio Euro

BUCHTIPP 

Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht.
von Ulrike Herrmann

Die Autorin beschreibt treffend, wie sich die Mittelschicht von den Reichen für ihre Anliegen einspannen lässt – ein teurer Irrtum, der nur den wirklich Reichen nutzt. ISBN 978-3-938060-45-2





Gastkommentar

Verwundbare Verkehrssysteme

Im fernen Island bricht ein Vulkan aus und legt den Flugverkehr in halb Europa lahm. Das zeigt einerseits, wie klein die Welt geworden ist und andererseits die Verwundbarkeit unseres Verkehrssystems.

Ausgedünnt. Speziell durch den Markteintritt der Billigflieger, wurde es in Europa zum weitverbreiteten Mainstream, auch auf Kurz- und Mittelstrecken von der Bahn auf das Flugzeug umzusteigen. Zwei Drittel aller Abflüge vom Flughafen Wien-Schwechat gehen über Distanzen von weniger als 900 Kilometer; was somit typischen Nachtzugentfernungen entspricht. Doch das europäische Schienennetz – immerhin gibt es noch 215.000 Kilometer – wird immer mehr ausgedünnt. Seit 1970 gingen im Bahnsektor mehr als eine Million Arbeitsplätze verloren.

Gründe pro Bahn. Dieser Kahl Schlag rächt sich nun. Denn heute ist es ein Vulkanausbruch, morgen der Klimawandel und übermorgen „Peak Oil“ (Überschreiten der maximalen Ölförderrate) – laufend wird es gute Gründe geben, jetzt und in Zukunft der Bahn sowohl im Personen- als auch im Gütertransport wieder

einen größeren Stellenwert zu verleihen.

Nachtzüge. Vor Jahren wurden die Direktzüge von Wien nach Brüssel eingestellt, so wie auch jene nach Amsterdam und Paris. Die jetzige Situation ist eine gute Gelegenheit, über eine Rückbesinnung nachzudenken. Es ist ja ein Skandal, dass man nur mit Umsteigen und langen Wartezeiten mit der Bahn von Österreich in die EU-Hauptstadt gelangen kann. Der Bedarf wäre vorhanden, wie die zahlreichen Flugverbindungen von Wien nach Brüssel zeigen.

Durchaus zumutbar. Hier wäre auch die Politik gefragt, durch entsprechende Nachfrage für einen Direktzug einen wirtschaftlichen Betrieb zu ermöglichen. Es ist MinisterInnen, BeamtInnen und EuroparlamentarInnen durchaus zuzumuten, per Schlafwagen nach Brüssel zu reisen. Dann hätte auch nicht so manche Sitzung wegen der Aschenwolke abgesagt werden müssen.

heinz.hoegelsberger@vida.at
Verkehrsexperte der Gewerkschaft vida

Luftfahrt

Jobs der Tyrolean-Copiloten gesichert

Das Kurzarbeits- und Teilzeitmodell - letzteres ab Ende 2011 - für die 260 Copiloten der Tyrolean (Austrian Arrows) ist fix und startet ab 1. Mai. Somit sind auch die Arbeitsplätze jener 62 Copiloten gerettet, die sonst verloren gegangen wären.

Nachteil wegverhandelt. Es kam zu Verzögerungen, weil die Gewerkschaft vida das Abkommen, in dem ein rechtswidriger Passus dem Mutterschutzgesetz nicht entsprochen hatte, nicht unterschreiben konnte. Weitere Verhandlungen waren nach einer rechtlichen Prüfung durch vida notwendig geworden. Sonst wäre den Beschäftigten im Falle der Elternkarenz ein finanzieller Nachteil von rund 20 Prozent entstanden. Über einer Einigung für die 50 von Jobverlust bedrohten Tyrolean-FlugbegleiterInnen wurde zu Redaktionsschluss noch verhandelt.

ÖBB-Landwirtschaft

Für zukunftssichere Pachtverträge

Schon 97 Kleingartenanlagen mit langfristigen Verträgen stellt die ÖBB-Landwirtschaft zur Verfügung. Das bringt mehr Rechtssicherheit für ihre Mitglieder.



Kleingarten: mehr als nur eine Sozialleistung der ÖBB, sondern Ruheoase für viele BBL-Mitglieder.

Im Jahr 1998 konnten zwischen dem Verband der ÖBB-Landwirtschaft, kurz BBL genannt, und dem Grundeigentümer ÖBB die langfristige Anpachtung von Bahngrundstücken gegen Pachtgelt für kleingärtnerische Zwecke vereinbart werden. „Damals war vielen die Tragweite dieses Abschlusses noch nicht bewusst“, erklärt der Präsident der ÖBB-Landwirtschaft, Stefan Maschl. Vorher waren die Bahngrundstücke den BBL-Mitgliedern gegen jederzeitigen Widerruf durch die ÖBB nur „prekariös“ überlassen.

Sozialleistung. „Die überlassen Flächen stellen eine „Sozialleistung“ der ÖBB für ihre Beschäftigten dar. Alle fühlten sich sicher und deshalb hielt sich auch das Verständnis unserer Mitglieder für die Pachtzahlungen bei einer langfristi-

gen und rechtssicheren Überlassung der Gartenflächen von bis zu 80 Jahren in Grenzen“, weiß Maschl.

Verkaufsbestrebungen. Insbesondere im vergangenen Jahrzehnt habe sich die Konzernphilosophie der ÖBB-Holding aber hin zu verstärkten Liegenschaftsverkäufen verschoben. Diese Tendenz habe auch vor den Kleingärten der BBL nicht immer halt gemacht. So mussten immer wieder Gartenflächen von Mitgliedern geräumt und ohne Entschädigungsanspruch zurückgestellt werden. „Ob man es nun wahrhaben möchte oder auch nicht. Der betriebswirtschaftliche Rechenstift dominiert immer stärker über - auch vertraglich zugesicherte - soziale Zusicherungen“, bedauert BBL-Vizepräsident und Zentralbetriebsrat der ÖBB-Infrastruktur AG, Franz Eder.

Langfristige Pachtverträge. Der Verband und die Belegschaftsvertretung haben deshalb in den letzten Jahren ihre Bemühungen für mehr Rechtssicherheit (Abschluss von Pachtverträgen nach dem Bundeskleingartengesetz für mehr Sicherheit hinsichtlich Kündigungsschutz, Investitionsablösen und Nachfolgeberechtigung) für ausgedehnte Kleingartenflächen intensiviert. „Unser erfolgreiches Motto bei den Verhandlungen mit den ÖBB lautet dabei „Nichts gegen die Mitglieder, aber alles für sie“, unterstreicht Maschl. Im Einklang mit den österreichweit 165 BBL-Zweigvereinen gelang es, 97 Kleingartenanlagen mit nahezu 1,3 Millionen Quadratmeter Gartenfläche langfristig bis zu 80 Jahre für die Mitglieder anzupachten.

Lesen Sie weiter auf Seite 16: Weitere 170.000 m² Garten wurden jetzt abgesichert.

EU: Die 86-Stunden-Woche droht

vida übergab an Arbeitsminister Hundstorfer ein Forderungspapier der Beschäftigten im Straßen-transport, das an die EU-Arbeits- und SozialministerInnen gerichtet ist.

Vor selbständigen und scheinselfständigen Lkw-LenkerInnen, die mit einer Arbeitszeit von 86 Stunden pro Woche die Sicherheit auf den Straßen gefährden, warnen vida, die Europäische Transportarbeiterföderation (ETF) sowie Nichtregierungsorganisationen.

Abstimmung. „Dieser Alptraum könnte bald wahr werden“, befürchtet der Bundessekretär der vida-Sektion Verkehr, Georg Eberl. Das könnte nämlich dann der Fall sein, wenn am 28. April im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments neuerlich über den Entwurf der EU-Kommission zur Änderung der Arbeitszeitrichtlinie für die Beschäftigten im Straßen-transport abgestimmt wurde (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe, Anmerkung).

Sicherheitsrisiko. Neben der Erhöhung der Höchstarbeitszeit für selbständige Lkw-FahrerInnen würde diese Richtlinie dann auch eine Verschlechterung der Nacht-arbeitszeitregelung für LenkerInnen bringen. Stellvertretend für zehntausende österreichische Transportbeschäftigte überbrachten GewerkschaftsvertreterInnen deshalb am 21. April Arbeits- und Sozialminister Rudolf Hundstorfer ein Forderungspapier.

Forderungspapier. Hundstorfer und seine EU-MinisterkollegInnen seien aufgerufen, sich für die FahrerInnen einzusetzen. Die Gewerkschaften fordern, dass die EU-Kommission mit dem EU-Parlament keinen sozial- wie verkehrspolitischen Rückschritt durch die Abstimmung setzen soll. Weiterhin sollen für alle Beschäftigten im gewerblichen Straßenverkehr die gleichen Rechte gelten sowie praktikable Maßnahmen gegen Sozialdum-



Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer (rechts im Bild mit Georg Eberl, vida) sicherte der Gewerkschaftsdelegation seine Unterstützung gegen Sozialdumping auf der Straße zu.

ping gesetzt werden. Zudem dürfe kein Scheinkompromiss in Bezug auf scheinselfständige FahrerInnen eingegangen werden. Unterstützung für die Anliegen der KraftfahrerInnen kam auch von Infrastrukturministerin Doris Bures: „Es ist im Interesse aller VerkehrsteilnehmerInnen, dass die Lkw-Lenker ausge-ruht am Steuer sitzen.“

ETF-Aktionswochen. Aus gegebenem Anlass veranstaltet die

ETF im Rahmen ihrer Aktionswochen auch einen Lkw-Konvoi, der unter vida-Beteiligung während der mehrtägigen Fahrt von den Niederlanden über Luxemburg und Frank-

reich nach Belgien vor der Abstimmung in Brüssel auf die Problematik aufmerksam machen wird.

hansjoerg.miethling@vida.at

INFO

Abstimmungsergebnis und Informationen unter www.vida.at bzw. <http://www.itfglobal.org/etf/road-transport.cfm>

In das Personal investieren!

Die EisenbahnerInnen in der Europäischen Transportarbeiterföderation (ETF) haben einen europaweiten Aktionstag „Für gute Bahnen und faire Jobs“ abgehalten.

Klar ist, die Fahrgäste wollen Eisenbahnen, die bezahlbar, sicher, pünktlich und zuverlässig sind. „Dafür benötigt es aber auch Investitionen in die Infrastruktur, das Rollmaterial, die Wartung und vor allem in die Beschäftigten, die den Service am Kunden liefern“, stellte der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft vida, Wilhelm Haberzettl, anlässlich des Aktionstages der Sektion Schie-

ne in der Europäischen Transportarbeiterföderation (ETF) am 13. April fest. Der Gewerkschafter fordert ausreichendes und gut ausgebildetes Personal, das unter fairen und sicheren Bedingungen für die KundInnen arbeiten kann.

Für faire Jobs. Im Rahmen des Aktionstags, der heuer unter dem Motto „Für gute Bahnen und faire Jobs“ stand, protestierten tausende EisenbahnerInnen der ETF-Gewerkschaften auch gegen europäische und nationale Bahnpolitiken, die sich auf Liberalisierung, Privatisierung und die Zerstörung der nationalen Bahnunternehmen konzentrieren.

Kosteneinsparungen. „Die Bahnen haben sichtbar unter den Folgen des neoliberalen Mainstreams gelitten“, kritisiert Haberzettl. Dieser behauptete, dass die Einführung von Wettbewerb und die Zer-



Eine Folge der Liberalisierung: Schlechte Infrastruktur schränkt die Pünktlichkeit der Züge ein.

schlagung staatlicher Monopole zu einem nachhaltigen Transportsystem führen würden. Der Wettbewerb habe vielmehr die Konzentration auf profitable Bahnverbindungen und die Schließung unrentabler Strecken gefördert; und Kosteneinsparungen hätten das Service verschlechtert.

Schlechte Infrastruktur. Eine weitere Folge der Liberalisierungspolitik: Schlechte Infrastruktur schränke die Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit sowie mangelnde Wartung die Sicherheit der Züge ein. Immer weniger Personal in den Zügen sorgt für Unsicherheit. „Die EU-Eisenbahnpolitik

fördert die billigste Lösung zugunsten privaten Profits und zum Nachteil der öffentlichen Dienstleistungen“, fordert Haberzettl einen Stopp der Liberalisierung, Privatisierung und Fragmentierung der Bahnen.

hansjoerg.miethling@vida.at

Europäische Bahnen

Diskriminierung abgestellt

Langer Atem hat sich ausgezahlt

Kommentar

Willkommen in der Marathon-Saison



Foto: Lisa Gradnitzer

Im Frühjahr finden in vielen europäischen Städten Marathonläufe statt. Wer daran teilnimmt, muss sich seine Kräfte gut einteilen, um ins Ziel zu gelangen. Auch Taktik im Laufverhalten ist nötig, um die Strecke erfolgreich zurückzulegen. Kraft, aber auch Taktik sind Tugenden, welche auch GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen haben müssen, um die Anliegen der Beschäftigten gegenüber den ArbeitgeberInnen vertreten zu können. Vieles erinnert an Marathonläufe.

Hinausgezögert. Die langwierigen Verhandlungen um einen Kollektivvertrag für die KosmetikerInnen, FußpflegerInnen und gewerblichen MasseurInnen sind ein Beispiel für einen derartigen Marathonlauf. Der Kollektivvertrag für private Kur- und Rehabereinrichtungen entwickelt sich auch in diese Richtung. Die ArbeitgeberInnen versuchen mit immer neuen Einwänden, den Abschluss dieser Kollektivverträge zu verhindern. Ein drittes Beispiel für die Verzögerungstaktik der Arbeitgeberseite ist die Neufassung des Kollektivvertrages für Diakonissenkrankenanstalten – an diesem „Kollektivvertrag neu“ verhandeln wir schon seit mehreren Jahren.

Arbeitsgruppen. Mühsam gestaltet sich auch das Schließen der Einkommensschere zwischen Männern und Frauen. Für den Kollektivvertrag der privaten Krankenanstalten ist eine Arbeitsgruppe am Werk, um die Diskriminierungen aufzuspüren und zu beseitigen. Die ArbeitgeberInnen lehnen Gleichstellungsmaßnahmen, wie die volle Anrechnung der Karenzzeiten, ab. Das würde

die Personalkosten steigern und sei nicht finanzierbar, lautet ihr Argument. Auch das Gehaltsschema für ÄrztInnen in eben diesem Kollektivvertrag fehlt, weil die ArbeitgeberInnen stets mit den knappen finanziellen Ressourcen argumentieren.

Kostenkeule. Einen eigenen Mindestlohntarif und eine verpflichtende Ausbildung für die Beschäftigten in der 24-Stunden-Betreuung gibt es bislang ebenso wenig. Der Grund? Eine Frage des Geldes, wurde uns signalisiert.

Ziellauf. Viele der angeführten Probleme hängen von der Finanzierung des Gesundheits- und Sozialsystems ab. Angesichts der Krise sei da nichts zu holen, es würde vielmehr noch enger, befürchten viele. Das können wir nicht hinnehmen. Mit der Frage, wer die Kosten für die Krise bezahlen muss, bricht auch die Frage über die fehlende Verteilungsgerechtigkeit unseres Steuer- und Abgabensystems auf. Nutzen wir die Chance. Treten wir gemeinsam für Vermögensteuern ein. Wenn die Reichen endlich einen fairen Anteil an den Steuern zahlen, dann ist genug Geld zum Stopfen der Budgetlöcher UND für die Absicherung des Gesundheits- und Sozialbereichs da. Nehmen wir diese Gelegenheit mit Kraft und Taktik war, um im Marathonlauf für faire Löhne das Ziel zu erreichen.

willibald.steinkellner@vida.at
Vorsitzender der Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe

Zwei Jahre hat der Betriebsrat des Klinikums Wels-Grieskirchen gegen die Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten beim Fahrtkostenzuschuss gekämpft.

Aufgeflogen ist die Diskriminierung der Teilzeitkräfte durch Zufall. Ein Paar, das im Klinikum Wels-Grieskirchen arbeitet, verglich die Lohnzettel und schaltete danach den Betriebsrat ein. „Den beiden fiel auf, dass der Mann den Fahrtkostenzuschuss in voller Höhe erhält, die Frau dagegen nicht“, erzählt Betriebsrätin Sonja Reitingner. Gemeinsam mit ihren Betriebsratskollegen Herbert Pamer und Walter Wipplinger forschte sie nach. Dabei stellte sich heraus, dass mehr als 300 Beschäftigte, die nach dem 1. Juli 2004 am Standort Wels zu arbeiten begonnen hatten, den Fahrtkostenzuschuss nicht in voller Höhe erhielten.

Heimlich eingespart. „Unsere Geschäftsführung hat den Fahrtkostenzuschuss heimlich hinter unserem Rücken gekürzt“, erzählt Betriebsrat Her-



Foto: rubrafoto

bert Pamer. Wer beispielsweise zwanzig Stunden pro Woche arbeitet, bekam nur die Hälfte des Fahrtkostenzuschusses ausbezahlt. Betroffen davon waren zu 90 Prozent Frauen.

Diskriminiert. Die Fahrtkosten der Teilzeitbeschäftigten sind in vielen Fällen genau so hoch wie jene der Vollzeitbeschäftigten. „Viele Teilzeitkräfte machen bei uns Kurzdienste, während Vollzeitkräfte längere Dienste machen. Die meisten Teilzeitbeschäftigten müssen deshalb genauso oft herkommen, um auf ihre Wochenstunden zu kommen, wie die 40-Stunden-Kräfte“, schildert Sonja Reitingner die Situation.

Langer Rechtsstreit. Von der Benachteiligung der Teilzeitkräfte erfahrene hatte das Betriebsratsteam Ende 2007. Nach erfolglosen Versuchen, die Angelegenheit durch Gespräche mit der Geschäftsfüh-

rung zu bereinigen, reichte der Betriebsrat im Mai 2008 die Klage ein. Anfang 2009 folgte das erste Urteil. Der Fahrtkostenzuschuss müsse auch für Teilzeitbeschäftigte in voller Höhe ausbezahlt werden, befand das Arbeits- und Sozialgericht. Die Geschäftsführung legte Berufung ein, im Sommer 2009 entschied das Oberlandesgericht Linz über den Fall. Auch hier bekam der Betriebsrat in der Angelegenheit des Fahrtkostenzuschusses Recht.

Mehr Geld. Seit Anfang 2010 zahlt die Geschäftsführung allen Teilzeitbeschäftigten den Fahrtkostenzuschuss in voller Höhe. Je nach Entfernung vom Wohn- zum Arbeitsort macht der Zuschuss pro Monat bis zu 91,80 Euro aus. „Dafür zahlt es sich schon aus zu kämpfen“, meint Betriebsrat Walter Wipplinger im Rückblick auf den langen Rechtsstreit.

Tabu brechen. Ein Anliegen ist den BetriebsrätInnen, das die Beschäftigten untereinander offener darüber sprechen, was sie verdienen. Wenn das Reden übers Geld nicht so ein Tabu wäre, flögen Diskriminierungen rascher auf. Den Lohnzettel genau zu studieren und bei Unklarheiten mit den KollegInnen zu sprechen bzw den Betriebsrat zu kontaktieren, sollte selbstverständlich sein.

martina.fassler@vida.at



Foto: rubrafoto

Auch die Teilzeitbeschäftigten des Krankenhauses erhalten jetzt den vollen Fahrtkostenzuschuss.

KV BAROMETER

✓ **KV Rotes Kreuz Wien:** Die Löhne der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich steigen rückwirkend mit 1. März um 1,5 Prozent, die Einigung gilt für 12 Monate. Die Löhne der Beschäftigten im Rettungsdienst und Verwaltungsbereich steigen rückwirkend mit 1. Jänner um 0,6 Prozent. Die Laufzeit beträgt ebenfalls 12 Monate.

✓ **KV Kur- u. Rehabereinrichtungen:** Bislang gibt es keinen eigenen Kollektivvertrag für die Beschäftigten in Kur- und Rehabereinrichtungen. Die nächste Verhandlungsrunde zwischen Arbeitgebern und den Gewerkschaften vida und GPA-djp über einen Kollektivvertrag findet am 20. April statt.

BUCHTIPP

Multikulturalität in Pflege und Gesellschaft.

Wachsende Multikulturalität sowohl der Pflegeteams als auch der von ihnen betreuten KlientInnen stellt die Pflege vor große Herausforderungen. In dem Buch beleuchten WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen dieses Thema aus der Perspektive verschiedener Disziplinen. Ein Beitrag befasst sich mit der Situation in Wiener Krankenhäusern, die besonders durch die ethnische Vielfalt der gepflegten Kranken gekennzeichnet ist und gibt die Sicht der dort tätigen Pflegepersonen wider. Ein zweiter Beitrag nimmt die Multikulturalität in der mobilen Pflege und Betreuung in den Blick. Die Erfahrungen der Pflege- und Betreuungspersonen mit den KlientInnen werden dargestellt und die Befragten mit anderer Muttersprache kommen dabei auch als ExpertInnen für ihre eigene Bevölkerungsgruppe zu Wort. Weitere Beiträge befassen sich mit der Gesundheit älterer MigrantInnen sowie der Aus- und Fortbildung in interkultureller Kompetenz für den Gesundheitsbereich.

Wilfried Schnepf, Isemarie Walter (Hg): Multikulturalität in Pflege und Gesellschaft, ISBN 978-3-205-78400-5, Böhlau Verlag, 251 Seiten, 29,90 Euro.

Studie zu Arbeitsbedingungen

Es droht Gefahr!

Das Gesundheits- und Sozialbetreuungssystem kann nur mit gesunden und motivierten MitarbeiterInnen seinen Spitzenplatz halten.

Die Arbeiterkammer Niederösterreich (AKNÖ) befragte im Herbst 2009 rund 33.000 Beschäftigte in den Gesundheitsberufen zu ihren Arbeitsbedingungen und dem beruflichen und familiären Umfeld. Befragt wurden Arztangestellte, PflegehelferInnen, Spitalsbedienstete und die Beschäftigten in den mobilen Diensten.

Alarmierend. Viele Ergebnisse dieser Erhebung lassen aufhorchen. Jede/r Fünfte gab an, „emotional erschöpft“ zu sein. Für 27 Prozent dauert ein Arbeitstag zwischen 12 und 14 Stunden. Obwohl nur ein Prozent der Beschäftigten eine Arbeitszeit von mehr als 40 Stunden vereinbart haben, arbeitet jede/r Fünfte länger als 40 Stunden pro Woche. Jede/r Vierte möchte weniger Wochenstunden arbeiten.

Stark belastet. Über Beschwerden beim Heben und Tragen klagte jede/r fünfte Befragte. Ein Viertel sieht sich mit Ansprüchen von PatientInnen konfrontiert, die sie als Pflegepersonen überfordern.



Überlange Arbeitszeiten und die hohe Arbeitsintensität gefährden die Gesundheit der Beschäftigten.

Vom Job überzeugt. Trotz der Überlastung würde jedoch nur eine Minderheit einen anderen Beruf wählen. 85 Prozent sind mit dem gewählten Beruf sehr zufrieden oder zufrieden. Zugleich zeigen sehr viele Doppelqualifikationen die hohe Leistungs- und Lernbereitschaft der nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe. Über ein Drittel der Befragten gab an, neben dem Berufsabschluss eine Zusatzausbildung absolviert zu haben, acht Prozent verfügten über einen Uni- oder Fachhochschulabschluss.

Schwieriger Spagat. 78 Prozent aller Beschäftigten im Gesundheitswesen sind Eltern. Jede/r zweite hat Kinder im schul-

pflichtigen Alter. Die vor allem weiblichen Beschäftigten müssen sich zwischen Beruf und Familienarbeit förmlich zerreißten, wenn zusätzliche Unterstützung ausbleibt. Die überlangen Arbeitstage und Wochenendarbeit stellen hier eine besondere Belastung dar.

Bessere Arbeitsbedingungen. Jeder vierte neue Arbeitsplatz entsteht im Gesundheitswesen. Schon jetzt gibt es in Österreich rund 6.000 nicht besetzte Stellen im Pflegebereich. Um die nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe attraktiver zu machen, fordern AK und vida:

- Regelmäßige Supervisionsan-

gebote um die hohe emotionale Belastung zu verringern.

- Neue Berufsfelder erschließen: Die Mehrfachqualifikation der Beschäftigten bietet beste Voraussetzungen neue Berufsfelder in der Gesundheitspflege zu eröffnen.
- Arbeitsverdichtung verringern. Weil die Neuaufnahmen von PatientInnen bei gleichbleibenden oder sogar sinkenden Personalständen ständig gestiegen sind, haben sich auch die besonders arbeitsintensiven Arbeitstage erhöht.
- Die Arbeitsplätze sind nach dem Arbeitnehmerschutzge-

setz zu evaluieren und auf mögliche Arbeitserleichterungen zu prüfen. Hier liegt eine Bringschuld des Dienstgebers vor.

- Für Arbeitsplätze, die in den eigenen „Vier Wänden“ der Pflege- und Betreuungsbedürftigen liegen, muss endlich über geeignete Anreizmodelle für die „AuftraggeberInnen“ diskutiert werden, um die Gesundheit der MitarbeiterInnen der mobilen Dienste zu schützen.

bernhard.rupp@aknoe.at
Hon.Prof. (FH) Dr. Bernhard Rupp ist Leiter der Abt. Gesundheitswesen u. ArbeitnehmerInnenschutz d. AKNÖ

Spendenaktion

Hair Aid 4 Haiti

Haare schneiden für einen guten Zweck und vida war mit dabei!

100 FriseurInnen aus ganz Österreich und Deutschland kamen am 14. März in der BA-CA Halle im Wiener Gasometer zusammen, um gemeinsam für die gute Sache zu arbeiten. Sie alle stellten freiwillig und vor allem kostenlos ihre Leistung einen Tag lang zur Verfügung: Die BesucherInnen konnten sich gegen eine Spende von zehn Euro einen neuen Look verpassen lassen



100 FriseurInnen machten bei Hair Aid ehrenamtlich mit.

und damit Kindern in Haiti helfen. Insgesamt wurden 4.500 Euro erwirtschaftet, die den Nothilfe- und Wiederaufbauprojekten von SOS Kinderdorf für Kinder und Familien in Haiti zugute kommen. Die Berufs-

schule Goldschlagstraße steuerte einen Scheck in Höhe von 1.500 Euro bei. Die Gewerkschaft vida übernahm einen Teil der Event-Ausgaben; damit konnte jeder Spenden-Cent an das Kinderdorf gehen.

Riesenandrang. Friseurmeisterin und Trainerin Elisabeth Szöke über den Event: „Nach dem zehnten Haarschnitt habe ich aufgehört zu zählen. So groß war der Zuspruch der Besucherinnen und Besucher.“ Gemeinsam mit den HAIR AID-OrganisatorInnen gelang vida zugunsten SOS Kinderdorf eine tolle Veranstaltung. Vom Aufbau bis zum Abbau war die Gewerkschaft tatkräftig an Board. Barbara Fahrner, vida-Bundesfachgruppensekretärin für den Bereich Gesundheitsförderung und Wellness, über die Spenden-Aktion: „Wir freuen uns, dass wir mit unserem Einsatz und unser Engagement nicht nur helfen konnten, sondern dass wir mit Hair Aid auch eine Bühne für interessante Ge-

spräche innerhalb der Branche bekommen haben, wo wir gemeinsam mit Landesinnungsmeistern Schwerpunkte der Zusammenarbeit besprechen konnten.“

Helfen mit vida. Durch das verheerende Erdbeben im Jänner wurde die Infrastruktur des bitterarmen Landes fast völlig zerstört. Die Menschen in Haiti brauchen für den Wiederaufbau unsere Hilfe. Setzen auch Sie ein Zeichen der Solidarität.

Bitte überweisen Sie Ihre Spende für die Menschen in Haiti auf das Spendenkonto von ÖGB-vida, Kennwort „Erdbebenopfer Haiti“, Kontonummer 22010057080, BLZ 14900 – Sparda Bank Wien



Foto: Lisi Gradnitzer

Kommentar

TouristikerInnen sind flexibel genug

Der drittbeste Winter aller Zeiten und ein All time-High bei den InlandsurlauberInnen – so das Fazit der Tourismuswirtschaft für den heurigen Winter. Und die gute Buchungslage für Ostern lässt auch auf einen erfolgreichen Saisonabschluss schließen.

KV-Verhandlung. Demgegenüber stehen die derzeit laufenden Kollektivvertragsverhandlungen im Tourismus und die ArbeitnehmerInnen, die den Erfolg des österreichischen Tourismus mit ihrem Einsatz erst ermöglicht haben. Einkommens- und Arbeitsplatzsicherheit für die Beschäftigten ist daher das Gebot der Stunde, denn die Beschäftigten sind keine Almosenempfänger.

Gefahr Armut. Als Einkommensarmutsschwelle werden nach aktuellen Statistiken der Armutskonferenz 951 Euro netto für einen Einpersonenhaushalt herangezogen. Das niedrigste Einkommen im Tourismus liegt nur wenig darüber. Ein/e ArbeitnehmerIn bekommt in der niedrigsten Lohnstufe einen Nettobetrag von 975 Euro bei 40 Stunden und mehr pro Woche – und befindet sich damit in einer der Berufsgruppen in Österreich, die armutsgefährdet sind.

Gute Saison. Lohn- und Sozialdumping kann keinesfalls die Antwort sein auf einen erfolgreichen Saisonabschluss. Das würde der Wirtschaftskrise nur weiteren Nährboden bieten. Wenn die Menschen kein Geld haben, können sie auch die Wirtschaft nicht ankurbeln – und das gilt auch für die

Tourismuswirtschaft.

Saisonniers. In diesem Kontext sowie in Hinblick auf die Ostöffnung 2011 werden wir uns dafür einsetzen, die bestehenden Saisonierkontingente für Drittstaaten zu streichen. Sinn der Regelung darf es nicht sein, den Tourismusarbeitsmarkt mit billigen Arbeitskräften zu versorgen. Die Möglichkeit, diese zu niedrigen Löhnen zu beschäftigen, führt auch dazu, dass in die Aus- und Weiterbildung der ArbeitnehmerInnen weniger investiert wird.

Profitdenken. Auf keinen Fall kann und wird das Verhandlungsteam der Gewerkschaft vida der Forderung der Arbeitgeber nach noch flexibleren Arbeitszeiten nachkommen. Hintergrund für diese Forderung ist ausschließlich das Profitdenken der Arbeitgeber: Nämlich um Überstunden, Zulagen oder finanzielle Vergünstigungen nicht auszahlen zu müssen. Was ein weiterer Schritt in Richtung Working-poor darstellen würde.

Davon leben. Wir brauchen im Tourismus Arbeitsverhältnisse und Einkommen, von denen die Beschäftigten leben können. Und dafür werden wir uns bei den Kollektivvertragsverhandlungen auch weiterhin einsetzen.

renate.lehner@vida.at
Bundessektionssekretärin der Sektion Private Dienstleistungen

Hotel- und Gastgewerbe

Schwarze Schafe im Ländle

Mehr Einkommen und die Einhaltung der bestehenden arbeitsrechtlichen Vorschriften könnte die Situation der Tourismus-Beschäftigten schon verbessern.



Illustration: Fotolia

Das Tourismusland Vorarlberg hat viel zu bieten für seine Gäste, den ArbeitnehmerInnen der Branche geht es aber leider nicht so gut“, kritisiert Gerhard Furtner, Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft vida Vorarlberg.

Arbeitszeit. Von Traumjobs im Hotel- und Gastgewerbe könne meist keine Rede sein. Einerseits werden sehr flexible, zum Teil überlange und familienfeindliche Arbeitszeiten gefordert, andererseits ist die Bezahlung äußerst schlecht. Der Tourismus ist von der Lohn- und Gehaltsstruktur im unteren Drittel der Einkommen angesiedelt.

Unterkunft. Immer öfter wenden sich Tourismus-Beschäftigte mit Problemen an die Gewerkschaft: So werden etwa Überstunden nicht ausbezahlt

oder es erfolgt ein ungerechtfertigter Lohnabzug, z.B. für Gläserbruch, nicht verkaufte Garagenplätze usw. Auch die Personalunterkünfte, die den ArbeitnehmerInnen zur Verfügung gestellt werden, sind in vielen Bereichen stark verbesserungswürdig.

All-In-Verträge. „Ein großes Problem sind die sogenannten All-Inclusive-Verträge“, weiß Furtner aus der Praxis. Der Gewerkschafter erklärt: „Wer heute Verträge mit All-In-Klauseln unterschreibt, verdient oft nicht mehr als den Mindestlohn der Branche“. Gleichzeitig sind die Beschäftigten aber oft gezwungen, 10 Stunden und mehr pro Tag zu arbeiten, ohne dafür einen zustehenden Ausgleich zu bekommen.

Drohungen. Auch der psychische Druck auf die Arbeitneh-

merInnen wird immer größer. Wer einen Arbeitsvertrag nicht unterschreibt oder sich beispielsweise weigert, unbezahlte Überstunden zu leisten, muss schon um seinen Arbeitsplatz fürchten. Einige schwarze Schafe unter den Arbeitgebern sind nicht zimperlich und drohen den Beschäftigten, unverzüglich ersetzt zu werden, sollten sie sich nicht fügen.

Traumjob? „Der Tourismus könnte durchaus Traumjobs bieten, doch die Rahmenbedingungen in der Branche sind noch dringend verbesserungswürdig“, meint Furtner. Bessere Einkommensbedingungen und oft auch schlicht nur die Einhaltung der bestehenden arbeitsrechtlichen Vorschriften seien nötig, damit die Branche attraktiver werde.

vorarlberg@vida.at

KV BAROMETER

Kollektivvertrag BABE: +1,6 Prozent KV-Abschluss für ArbeiterInnen in privaten Bildungseinrichtungen.

In der dritten Verhandlungsrunde konnten zwischen der Arbeitgebervereinigung BABE und den Gewerkschaften vida und GPA-djp die Kollektivvertragsverhandlungen für die Beschäftigten der privaten Bildungseinrichtungen erfolgreich abgeschlossen werden. Die Kollektivvertragsgehälter sowie Lehrlingsentschädigungen und Zulagen steigen um 1,6 Prozent, die IST-Gehälter um 1,4 Prozent.

Im Bereich der ArbeiterInnen konnte von der Gewerkschaft vida eine Durchrechnung bei den Lohnstufen 1 bis 3 erfolgreich abgewendet werden. „Verschlechterungen im Rahmenrecht, wie sie die Arbeitgeber forderten, haben wir nicht akzeptiert. Mit dem vorliegenden Abschluss haben wir eine faire Honorierung der Arbeitsleistung für die Beschäftigten erreicht“, so vida-Bundesfachgruppensekretär Jakob Grumbach. Positiv beurteilt wird auch der Wegfall der einjährigen Wartefrist für die Vordienstzeitanrechnung. Der BABE-KV gilt ab 1. Mai 2010, die Laufzeit beträgt 12 Monate.

BESTELLTIPP

Hausbesorgergesetz-Mappe.

Jetzt anfordern: Für die 100 schnellsten vida-Mitglieder.

Die ersten 100 InteressentInnen erhalten von der Gewerkschaft vida die Hausbesorgergesetz-Mappe kostenlos zugeschickt. Die darin enthaltene Info ist für HausbesorgerInnen relevant, die ein Dienstverhältnis bis zum 30. Juni 2000 begründet haben. Die Mappe ist nur für Mitglieder der Bundesfachgruppe Reinigung, Wartung reserviert. Achtung: Die Anzahl ist begrenzt!

Zum Inhalt:

- Gesetzestext inkl. Erläuterungen
- Sachbezug gültig ab 1. 1. 2009
- Vorlagen für die Berechnung der Vertretungsentschädigung, Schneebuch
- Info Schutzverband

InteressentInnen bitte melden unter reinigung@vida.at oder telefonisch unter 01/53444 79 673.



Neu: Mehr Lohnstufen, Mehrarbeitszuschlag für Teilzeitkräfte

vida erreichte Verbesserungen im Rahmenrecht für Beschäftigte in Garagen, Tankstellen- und Serviceunternehmen.

Die Gewerkschaft vida erreichte 2009 diverse Verbesserungen im Kollektivvertrag für die Beschäftigten in Garagen, Tankstellen- und Serviceunternehmen. Im Durchschnitt konnte dadurch eine zusätzliche Aufwertung der Löhne von 2,5 Prozent erreicht werden.

Vorrückung neu. Die Lohnordnung, die bisher drei Vorrückungsstufen vorgesehen hat, wurde nun auf vier Stufen erweitert. Die bestehenden drei Stufen wurden jeweils verkürzt, so steigen Beschäftigte etwa nun nach dem 3. Dienstjahr in die nächste Lohnstufe (früher waren es 5 Jahre) usw. Gültig ist diese Bestimmung ab 1. Oktober 2009. Für diese Sonderumreichungen in den Lohnstufen

müssen die in der Branche zum Teil bestehenden Überzahlungen erhalten bleiben. Der KV sieht im Paragraph 23 genaue Überleitungsbestimmungen vor, in der Anlage 2 werden konkrete Beispiele angeführt.

Mehrarbeitszuschlag. Neu in den KV aufgenommen wurde die Mehrarbeitszuschlagsregelung für Teilzeitkräfte. Der Ausgleichszeitraum dafür beträgt drei Monate. Eine darüber hinausgehende Übertragung ist nicht möglich, erfolgt der Ausgleich nicht innerhalb eines Kalenderquartals muss der Mehrarbeitszuschlag in Höhe von 25 Prozent ausgezahlt werden.

Verbesserungen. Unabhängig von den Verhandlungen im Herbst 2009 und den zahlrei-

chen Verbesserungen, die dabei von Seiten der Gewerkschaft vida für die Beschäftigten erreicht werden konnten, fanden die regulären Lohnverhandlungen für die Branche statt. Die Kollektivvertragslöhne erhöhten sich 2010 um 1,5 Prozent.

Karenzanrechnung. „Wir haben viel erreicht“, freut sich vida-Bundesfachgruppensekretär Jakob Grumbach über die neuen KV-Rahmenbedingungen für die Beschäftigten in Garagen, Tankstellen- und Serviceunternehmen. Noch offen ist die Karenzanrechnung für Ansprüche wie Urlaub oder Abfertigung alt: „Für diesen Punkt konnten wir aufgrund der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Situation noch keine Einigung mit den Arbeitgebern erzielen. Wir bleiben aber dran“, so Grumbach.

ines.schmied@vida.at



Foto: Fotolia/Luftbildfotograf

Wichtige Verbesserungen im Kollektivvertrag ergeben eine zusätzliche Aufwertung der Löhne.

VIDATIPP



ArbeitnehmerInnen aus der Branche Garagen, Tankstellen- und Serviceunternehmen sollen überprüfen, ob sie aufgrund der neuen Bestimmungen in der Lohnordnung nicht schon umgereicht hätten werden müssen.



ServiceTel: (kostenlos)
0800/20 11 30
mail@oebv.com

www.oebv.com

Beste Aussichten auf finanzielle Höhenflüge!

**ÖBV-Extra:
Noch mehr Ertragschancen!**

ÖBV Fondsgebundene Lebensversicherung

- > ÖBV-Extra: Mehr Ertragschancen durch Veranlagung von 100% der rückvergüteten Managementgebühren!
- > Flexible Fondsauswahl – für jeden Veranlagungstyp
- > Flexible Zu- und Auszahlungen möglich



Veranstalt. ÖBV-Mitgliedschaft

Für zukunftssichere Pachtverträge

Fortsetzung von Seite 10.

Weitere Anpachtungen. Vor wenigen Wochen konnten österreichweit weitere Gartenanlagen im Ausmaß von 170.000 Quadratmeter langfristig für die Mitglieder angepachtet werden. Das gelang auch für die von der Räumung bedrohten Gartenanlagen im 21. und 14. Wiener Gemeindebezirk (Koloniestraße bzw. Lainzer Tiergarten / Auhof). „Gemeinsam mit dem ÖBB-Konzernbetriebsrat konnte diese Gefahr abgewendet werden. Auch für unsere Anlagen in Linz-Kleinmünchen, Ternberg und Matriei

am Brenner konnten ebenfalls rechtssichere Anpachtungsverträge abgeschlossen werden“, freut sich BBL-Präsident Stefan Maschl.

Bangen in Ungewissheit. Welche Auswirkungen mangelnde Rechtssicherheit in diesem Fall haben kann, sei erst vor wenigen Wochen wieder bewusst, geworden, sagt Maschl. Da haben nämlich die ÖBB in einem Paket 28 Bahnstrecken (600 km Streckenlänge) und rund 10 Millionen Quadratmeter Grundfläche dem Land Niederösterreich übertragen. Auch an die BBL überlassene Grundstücke seien betroffen, die



Unterzeichnung des Generalpachtvertrages für die Wiener Koloniestraße (v.r.n.l.): BBL-Vizepräsident Franz Eder, Verbandspräsident Stefan Maschl, Zweigvereins-obmann Rudolf Schuster und sein designierter Nachfolger Gerhard Fasching.

GrundstücksnutzerInnen bangen derzeit in Ungewissheit.

Verhandlungslösung. Maschl setzt auf eine für beide Seiten zufriedene Verhandlungslösung und meint: „Auf die vielen Familien, die sich im Vertrauen auf die zugesicherte Sozialleistung ihre Grundstücksflächen mit ihrer Hände Arbeit selbst hergerichtet haben, darf nicht vergessen werden. Sie haben ein nur zu gut verständliches Verlangen nach Zukunftssicherheit“, appelliert der Verbandspräsident an die Verantwortlichen beim Land NÖ und bei den ÖBB.

Anliegen ernst nehmen. Nicht zuletzt deshalb, weil es heute offenbar Strategie sei, nicht für notwendig erachtete Bereiche von den ÖBB herauszulösen

und an Dritte abzugeben, erachten es die BBL, der ÖBB-Konzernbetriebsrat und die Gewerkschaft vida für unverzichtbar, den gemeinsamen Einsatz zur langfristigen Absicherung der BBL-Grundstücke nachdrücklich fortzuführen: „Unsere 13.500 Mitglieder und ihre Familien verdienen es, dass ihre Anliegen ernst genommen und Zusicherungen eingehalten werden“, bekräftigt Maschl.

INFO



Verband der ÖBB-Landwirtschaft (BBL)
Margaretenstraße 166
1050 Wien
Tel. 01/544 0 444-211
Fax: 01/544 0 444-212
www.obbl.at
bbl.verband@obbl.at

William Shakespeare in Kobersdorf

Ein Sommernachtstraum



Mit William Shakespeares „Ein Sommernachtstraum“ gelangt bei den Schloss-Spielen Kobersdorf 2010 eines der bekanntesten und beliebtesten Theaterstücke der Weltliteratur zur Aufführung.

Die lustvoll verwinkelte Geschichte über Naturgeister und Menschenkinder ist eine zauberhafte Verbindung von romantischer Komödie und unterhaltsamem Volkstheater. In der Regie von Werner Prinz spielen Wolfgang Böck, Madalena Hirschal, Hannah Hohlloch, Eva Maria Marold, Gunda König, Heinrich Baumgartner, Eugen Hamel, Johannes Seilern und weitere Publikumsliebhaber.

Spielzeit:
6. Juli (Premiere) bis 1. August 2010, jeweils DO bis SO

Vorstellungsbeginn:
20.30 Uhr

Kartenpreise:
24 bis 44 Euro

Veranstaltungsort:
Schloss Kobersdorf,
7332 Kobersdorf

Kartenservice & Information:
Büro der Schloss-Spiele
Kobersdorf, Glorietteallee 1,
7000 Eisenstadt

Tel.: +43(0)2682-66211
Fax: + 43(0)2682-66211-14
E-Mail: schloss-spiele@kobersdorf.at
www.kobersdorf.at

vida-Mitglieder erhalten im Vorverkauf gegen Vorlage der

Mitgliedskarte 10 Prozent Ermäßigung auf jeweils zwei Eintrittskarten an Donnerstagen und Sonntagen, sowie Gruppenermäßigung in der vida-Kartenstelle.
Tel: +43(0)1/53 444 79-692,
E-Mail: service@vida.at

GEWINNSPIEL



vida verlost 3-mal zwei Freikarten für die Vorstellung am Sonntag, 25. Juli 2010.

Beantworten Sie uns folgende Gewinnfrage:

„Wer schrieb „Ein Sommernachtstraum“?“

Antworten an:

vida/Pressereferat; Kennwort: Kobersdorf, Johann-Böhm-Platz 1, A-1020 Wien oder per E-Mail: zeitschrift@vida.at, Einsendeschluss: 31. Mai 2010



Menschen bei vida



Barbara Pernsteiner ist an vorderster Front

Seit Juni 2008 ist Barbara Pernsteiner eine wichtige Ansprechperson für die Mitglieder und die FunktionärInnen im Team der vida-Salzburg.

Der Weg zu vida. Barbara Pernsteiner bringt viel Erfahrung aus der Privatwirtschaft mit. Zuletzt war sie bei einem Gebäudereiniger im Sekretariat tätig. Den Weg zu vida hat die gebürtige Salzburgerin über den Landesvorsitzenden in Salzburg, Walter Androschin gefunden. „Ich wurde von ihm sozusagen angeworben“, erzählt Barbara schmunzelnd. Zuerst erhielt sie

eine Stelle als Karenzvertretung und aufgrund der Pensionierung einer Kollegin hat sich letztendlich für Barbara ein unbefristetes Dienstverhältnis ergeben.

Der berufliche Alltag. Die 40-Jährige ist im Team des Landessekretariats Salzburg. „Ich bin an der Front, da ich die erste Anlaufstelle für unsere Mitglieder und Funktionärinnen und Funktionäre bin“, erklärt Barbara und ergänzt „ein sehr aufreibender Job, aber die Abwechslung und der direkte Kontakt zu den Menschen macht mir einfach Spaß.“

Was mir wichtig ist, zu sagen. „Ich habe jahrelang in der Reinigungsbranche gearbeitet, in der ArbeitnehmerInnen-Rechte teilweise mit den Füßen getreten werden. In meiner jetzigen Tätigkeit kann ich endlich meinen Beitrag leisten, um die Situation der Betroffenen zu verbessern“, erklärt Barbara. „Im Gespräch mit den Mitgliedern betone ich immer wieder, wie wichtig unsere BetriebsrätInnen als VermittlerInnen zwischen den ArbeitnehmerInnen und den ArbeitgeberInnen sind“, betont Barbara.

Wie ich entspanne. „Ich reise viel und gerne, aber auch zu Hause in Salzburg habe ich genügend Möglichkeiten, mich zu erholen. Da gehe ich gerne Schifahren oder entspanne mich beim Lesen einer spannenden Lektüre“, erzählt Barbara. Den Großteil ihrer Freizeit verbringt sie im Kreise der Familie. Barbara ist seit 19 Jahren glücklich verheiratet und hat eine 22-jährige Tochter und einen 16-jährigen Sohn. „Die Familie ist mein größtes Hobby.“

barbara.pernsteiner@vida.at